



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 24. April 2014
(OR. en)**

8986/14

**Interinstitutionelles Dossier:
2013/0185 (COD)**

**CODEC 1109
RC 9
JUSTCIV 100
PE 290**

INFORMATORISCHER VERMERK

des	Generalsekretariats
für den	Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat
Betr.:	Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über bestimmte Vorschriften für Schadensersatzklagen nach einzelstaatlichem Recht wegen Zuwiderhandlungen gegen wettbewerbsrechtliche Bestimmungen der Mitgliedstaaten und der Europäischen Union – Ergebnis der ersten Lesung des Europäischen Parlaments (Straßburg, 14. bis 17. April 2014)

I. EINLEITUNG

Der Ausschuss für Wirtschaft und Währung hat eine Abänderung zu dem Richtlinienvorschlag angenommen.

Im Einklang mit Artikel 294 AEUV und mit der gemeinsamen Erklärung zu den praktischen Modalitäten des Mitentscheidungsverfahrens¹ haben der Rat, das Europäische Parlament und die Kommission informelle Gespräche geführt, um in erster Lesung zu einer Einigung über dieses Dossier zu gelangen und somit eine zweite Lesung und die Einleitung des Vermittlungsverfahrens zu vermeiden.

¹ ABl. C 145 vom 30.6.2007, S. 5.

In diesem Zusammenhang hat der Ausschuss eine weitere Kompromissabänderung vorgelegt. Über diese Kompromissabänderung war bei den oben erwähnten informellen Gesprächen Einvernehmen erzielt worden. Sie soll die dem Plenum bereits vorgelegte Abänderung nicht ergänzen, sondern ersetzen.

II. ABSTIMMUNG

Das Parlament hat bei seiner Abstimmung im Plenum am 17. April 2014 lediglich die Kompromissabänderung angenommen. Es wurden keine weiteren Abänderungen angenommen.

Der so geänderte Kommissionsvorschlag stellt den Standpunkt des Europäischen Parlaments in erster Lesung dar und ist in seiner legislativen Entschlieung¹ (siehe Anlage) enthalten.

Der Standpunkt des Parlaments entspricht der zuvor zwischen den Organen getroffenen Vereinbarung. Folglich dürfte der Rat in der Lage sein, den Standpunkt des Europäischen Parlaments zu billigen.

¹ Im Standpunkt des Parlaments in der Fassung der legislativen Entschließung sind die am Kommissionsvorschlag vorgenommenen Änderungen wie folgt markiert: Ergänzungen zum Kommissionsvorschlag sind durch **Fettdruck und Kursivschrift** kenntlich gemacht. Das Symbol "■" weist auf Textstreichungen hin.

Zu widerhandlungen gegen wettbewerbsrechtliche Bestimmungen *I**

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 17. April 2014 zu dem Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über bestimmte Vorschriften für Schadensersatzklagen nach einzelstaatlichem Recht wegen Zu widerhandlungen gegen wettbewerbsrechtliche Bestimmungen der Mitgliedstaaten und der Europäischen Union (COM(2013)0404 – C7-0170/2013 – 2013/0185(COD))

(Ordentliches Gesetzgebungsverfahren: erste Lesung)

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis des Vorschlags der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat (COM(2013)0404),
 - gestützt auf Artikel 294 Absatz 2 und die Artikel 103 und 114 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, auf deren Grundlage ihm der Vorschlag von der Kommission unterbreitet wurde (C7-0170/2013),
 - gestützt auf Artikel 294 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union,
 - nach Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses vom 16. Oktober 2013¹,
 - in Kenntnis der vom Vertreter des Rates mit Schreiben vom 26. März 2014 gemachten Zusage, den Standpunkt des Europäischen Parlaments gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union zu billigen,
 - gestützt auf Artikel 55 seiner Geschäftsordnung,
 - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Wirtschaft und Währung sowie der Stellungnahmen des Rechtsausschusses und des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (A7-0089/2014),
1. legt den folgenden Standpunkt in erster Lesung fest;
 2. fordert die Kommission auf, es erneut zu befassen, falls sie beabsichtigt, ihren Vorschlag entscheidend zu ändern oder durch einen anderen Text zu ersetzen;
 3. beauftragt seinen Präsidenten, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission sowie den nationalen Parlamenten zu übermitteln.

¹ ABl. C 67 vom 6.3.2014, S. 83.

Standpunkt des Europäischen Parlaments festgelegt in erster Lesung am 17. April 2014 im Hinblick auf den Erlass der Richtlinie 2014/.../EU des Europäischen Parlaments und des Rates über bestimmte Vorschriften für Schadensersatzklagen nach einzelstaatlichem Recht wegen Zuwiderhandlungen gegen wettbewerbsrechtliche Bestimmungen der Mitgliedstaaten und der Europäischen Union *

(Text von Bedeutung für den EWR)

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION –

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf die Artikel 103 und 114,

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

nach Zuleitung des Entwurfs des Gesetzgebungsakts an die nationalen Parlamente,

nach Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses¹,

gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren²,

* DER TEXT WURDE NOCH NICHT VON DEN RECHTS- UND SPRACHSACHVERSTÄNDIGEN ÜBERARBEITET.

¹ *ABl. C 67 vom 6.3.2014, S. 83.*

² *Standpunkt des Europäischen Parlaments vom 17. April 2014.*

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Artikel 101 und 102 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (im Folgenden "AEUV") sind der öffentlichen Ordnung zuzurechnen und *sollten* in der ganzen Union wirksam angewandt werden, um zu gewährleisten, dass der Wettbewerb im Binnenmarkt nicht verfälscht wird.
- (2) Für die behördliche Durchsetzung dieser Vertragsbestimmungen sorgt die Kommission in Ausübung der Befugnisse, die in der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates vom 16. Dezember 2002 zur Durchführung der in den Artikeln 81 und 82 des Vertrags niedergelegten Wettbewerbsregeln¹ vorgesehen sind. *Den Artikeln 81 und 82 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft entsprechen jetzt die materiell gleichlautenden Artikel 101 und 102 AEUV.* Für die behördliche Durchsetzung sorgen auch die einzelstaatlichen Wettbewerbsbehörden, die die in Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003² aufgeführten Entscheidungen erlassen können. *Gemäß der genannten Verordnung sollten die Mitgliedstaaten die Möglichkeit erhalten, sowohl Verwaltungsbehörden als auch Gerichte zu bestimmen, um Artikel 101 und 102 AEUV im öffentlichen Interesse anzuwenden und um die den Wettbewerbsbehörden in der genannten Verordnung übertragenen Aufgaben zu erfüllen.*

¹ *Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates vom 16. Dezember 1992 zur Durchführung der in den Artikeln 81 und 82 des Vertrags niedergelegten Wettbewerbsregeln, ABl. L 1 vom 4.1.2003, S. 1.*

² *ABl. L 1 vom 4.1.2003, S. 1. Mit Wirkung vom 1. Dezember 2009 sind an die Stelle der Artikel 81 und 82 EG-Vertrag die Artikel 101 und 102 AEUV getreten. Die Artikel 81 und 82 EG-Vertrag und die Artikel 101 und 102 AEUV sind im Wesentlichen identisch.*

- (3) Die Artikel 101 und 102 AEUV erzeugen in den Beziehungen zwischen Einzelnen unmittelbare Wirkungen und lassen in deren Person Rechte und Pflichten entstehen, die die einzelstaatlichen Gerichte durchzusetzen haben. Die einzelstaatlichen Gerichte haben daher bei der Anwendung der Wettbewerbsvorschriften eine gleichermaßen wichtige Rolle zu spielen (private Durchsetzung). In Rechtsstreitigkeiten zwischen Privatpersonen schützen sie die sich aus dem Unionsrecht ergebenden subjektiven Rechte, indem sie unter anderem den durch Zuwiderhandlungen Geschädigten Schadensersatz zuerkennen. Die volle Wirksamkeit der Artikel 101 und 102 AEUV und insbesondere die praktische Wirkung der darin festgelegten Verbote erfordern, dass jeder – seien es Einzelne, einschließlich Verbraucher und Unternehmen, oder Behörden – vor einzelstaatlichen Gerichten Ersatz des Schadens verlangen kann, der ihm durch eine Zuwiderhandlung gegen diese Bestimmungen entstanden ist. Dieses Unionsrecht auf Schadensersatz gilt auch für Zuwiderhandlungen gegen die Artikel 101 und 102 AEUV durch öffentliche Unternehmen oder Unternehmen, denen von den Mitgliedstaaten besondere oder ausschließliche Rechte im Sinne des Artikels 106 AEUV gewährt wurden.

- (4) **Der nach Unionsrecht geltende Schadensersatzanspruch bei Zuwiderhandlung gegen das Wettbewerbsrecht der Union oder einzelstaatliches Wettbewerbsrecht** setzt voraus, dass in jedem Mitgliedstaat Verfahrensvorschriften bestehen, die gewährleisten, dass dieses Recht wirksam geltend gemacht werden kann. Die Notwendigkeit wirksamer Rechtsbehelfsverfahren ergibt sich auch aus dem Recht auf wirksamen Rechtsschutz, wie es in Artikel 47 Absatz 1 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union¹ (*im Folgenden "Charta"*) und Artikel 19 Absatz 1 Unterabsatz 2 des Vertrags über die Europäische Union (im Folgenden "EUV") festgelegt ist. **Die Mitgliedstaaten sollten wirksamen Rechtsschutz in den vom Unionsrecht erfassten Bereichen gewährleisten.**
- (5) **Schadenersatzklagen sind bei Zuwiderhandlungen gegen das Wettbewerbsrecht nur eines der Elemente eines effektiven Systems der privaten Rechtsdurchsetzung und werden flankiert von außergerichtlichen Wegen des Rechtsbehelfs, wie der einvernehmlichen Streitbeilegung oder behördlichen Vollstreckungsentscheidungen, mit denen die Parteien dazu angehalten werden, Entschädigung zu leisten.**
- (6) Zur Sicherstellung **wirksamer privater Durchsetzungsmaßnahmen nach dem Zivilrecht und einer wirksamen behördlichen Durchsetzung durch die Wettbewerbsbehörden müssen beide Instrumente interagieren, damit die Wettbewerbsvorschriften höchstmögliche Wirkung entfalten. Es ist erforderlich,** die Koordinierung zwischen den beiden Formen der Durchsetzung **kohärent** zu regeln, zum Beispiel den Zugang zu Unterlagen, die sich im Besitz von Wettbewerbsbehörden befinden. Mit einer solchen Koordinierung auf Unionsebene wird auch verhindert, dass die anwendbaren Vorschriften voneinander abweichen, was das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts gefährden könnte.

¹ ABl. C 326 vom 26.10.2012, S. 391.

- (7) Nach Artikel 26 Absatz 2 AEUV umfasst der Binnenmarkt einen Raum ohne Binnengrenzen, in dem der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital gewährleistet ist. Zwischen den in den Mitgliedstaaten geltenden Vorschriften für Schadensersatzklagen wegen Zuwiderhandlungen gegen einzelstaatliches Wettbewerbsrecht oder das Wettbewerbsrecht der Union bestehen deutliche Unterschiede. Diese Unterschiede führen zu Rechtsunsicherheit hinsichtlich der Voraussetzungen, unter denen Geschädigte das ihnen aus dem AEUV erwachsende Recht auf Schadensersatz geltend machen können, und beeinträchtigen die materielle Wirksamkeit dieses Rechts. Da Geschädigte häufig den Mitgliedstaat, in dem sie ansässig sind, als Gerichtsstand wählen, um Schadensersatz einzuklagen, führen die Unterschiede zwischen den einzelstaatlichen Vorschriften zu ungleichen Ausgangsbedingungen für Schadensersatzklagen und könnten den Wettbewerb auf den Märkten, auf denen die Geschädigten wie auch die zuwiderhandelnden Unternehmen tätig sind, beeinträchtigen.
- (8) Unternehmen, die in verschiedenen Mitgliedstaaten niedergelassen und tätig sind, unterliegen Verfahrensvorschriften, die wesentlichen Einfluss auf den Umfang haben, in dem sie für Zuwiderhandlungen gegen das Wettbewerbsrecht haftbar gemacht werden können. Diese uneinheitliche Durchsetzung des ■ nach Unionsrecht geltenden Schadensersatzanspruchs kann zu einem Wettbewerbsvorteil für einige Unternehmen führen, die gegen Artikel 101 oder 102 AEUV verstoßen haben, und von der Ausübung des Niederlassungsrechts und des Rechts auf freien Waren- oder Dienstleistungsverkehr in den Mitgliedstaaten abschrecken, in denen das Recht auf Schadensersatz wirksamer durchgesetzt wird. **Da** die Unterschiede zwischen den in den Mitgliedstaaten geltenden Haftungsregelungen ■ sowohl den Wettbewerb als auch das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts beeinträchtigen können, **ist es daher angebracht, diese Richtlinie auf die doppelte Rechtsgrundlage der Artikel 103 und 114 zu stützen.**

- (9) *In Anbetracht dessen, dass massive Zuwiderhandlungen gegen das Wettbewerbsrecht oft grenzüberschreitenden Bezug aufweisen, müssen deshalb* die Wettbewerbsbedingungen für die im Binnenmarkt tätigen Unternehmen stärker angeglichen und die Voraussetzungen, unter denen die Verbraucher die ihnen aus dem Binnenmarkt erwachsenden Rechte ausüben können, verbessert werden.

Ferner ist es angebracht, in Bezug auf die einzelstaatlichen Vorschriften für Schadensersatzklagen wegen Zuwiderhandlungen gegen das Wettbewerbsrecht der Union und – soweit es parallel dazu angewandt wird – einzelstaatliches Wettbewerbsrecht für mehr Rechtssicherheit zu sorgen und die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten zu verringern. Eine Angleichung dieser Vorschriften wird auch dazu beitragen, dass sich die Unterschiede zwischen den Vorschriften der Mitgliedstaaten für Schadensersatzklagen in Wettbewerbssachen nicht noch weiter vergrößern.

- (10) Artikel 3 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 bestimmt Folgendes: „Wenden die Wettbewerbsbehörden der Mitgliedstaaten oder einzelstaatliche Gerichte das einzelstaatliche Wettbewerbsrecht auf Vereinbarungen zwischen Unternehmen, Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen im Sinne des Artikels [101] Absatz 1 des Vertrags an, welche den Handel zwischen Mitgliedstaaten im Sinne dieser Bestimmung beeinträchtigen können, so wenden sie auch Artikel [101] des Vertrags auf diese Vereinbarungen, Beschlüsse und aufeinander abgestimmten Verhaltensweisen an. Wenden die Wettbewerbsbehörden der Mitgliedstaaten oder einzelstaatliche Gerichte das einzelstaatliche Wettbewerbsrecht auf nach Artikel [102] des Vertrags verbotene Missbräuche an, so wenden sie auch Artikel [102] des Vertrags an.“ Im Interesse des reibungslosen Funktionierens des Binnenmarkts und im Hinblick auf mehr Rechtssicherheit und stärker angeglichenen Ausgangsbedingungen für Unternehmen und Verbraucher ist es angebracht, dass der Geltungsbereich dieser Richtlinie Schadensersatzklagen umfasst, die auf Zuwiderhandlungen gegen einzelstaatliches Wettbewerbsrecht zurückgehen, wenn dieses nach Artikel 3 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 angewandt wird. Die Anwendung voneinander abweichender Vorschriften über die zivilrechtliche Haftung für Zuwiderhandlungen gegen die Artikel 101 und 102 AEUV und für Zuwiderhandlungen gegen Bestimmungen des einzelstaatlichen Wettbewerbsrechts, die auf denselben Fall und parallel zum Wettbewerbsrecht der Union angewandt werden müssen, würde sich andernfalls nachteilig auf die Position der Kläger in derselben Sache und den Umfang ihrer Ansprüche auswirken und das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts behindern. ***Diese Richtlinie sollte Schadensersatzklagen bei Zuwiderhandlungen gegen einzelstaatliches Recht unberührt lassen, die nicht den Handel zwischen Mitgliedstaaten im Sinne des Artikels 101 oder 102 AEUV beeinträchtigen.***

- (11) Da keine entsprechenden unionsrechtlichen Vorschriften bestehen, gelten für Schadensersatzklagen die innerstaatlichen Vorschriften und Verfahren der Mitgliedstaaten. ***Nach der Rechtsprechung des Gerichtshofs kann jedermann Ersatz des ihm entstandenen Schadens verlangen, wenn zwischen dem Schaden und einer Zuwiderhandlung gegen die Wettbewerbsvorschriften ein ursächlicher Zusammenhang besteht.*** Alle einzelstaatlichen Vorschriften, die die Geltendmachung des Anspruchs auf Ersatz eines durch eine Zuwiderhandlung gegen Artikel 101 oder 102 AEUV entstandenen Schadens einschließlich der in dieser Richtlinie nicht behandelten Aspekte (wie den Begriff des ursächlichen Zusammenhangs zwischen der Zuwiderhandlung und dem Schaden) betreffen, müssen dem Effektivitäts- und dem Äquivalenzgrundsatz entsprechen. Sie ***sollten*** folglich nicht so formuliert sein oder angewandt werden, dass sie die Geltendmachung des durch den AEUV garantierten Rechts auf Schadensersatz übermäßig erschweren oder praktisch unmöglich machen, und ***sollten*** nicht weniger günstig formuliert sein oder angewandt werden als die Regeln, die auf ähnliche, innerstaatliches Recht betreffende Klagen anwendbar sind. ***Wenn die Mitgliedstaaten in ihrem einzelstaatlichen Recht andere Bedingungen für Schadensersatz vorsehen, wie etwa Zurechenbarkeit, Angemessenheit oder Schuld, sollten sie diese Bedingungen beibehalten können, sofern sie mit der Rechtsprechung des Gerichtshofs, dem Effektivitäts- und dem Äquivalenzgrundsatz und den Bestimmungen dieser Richtlinie im Einklang stehen.***

- (12) Diese Richtlinie bestätigt erneut den gemeinschaftlichen Besitzstand in Bezug auf das Unionsrecht auf Ersatz des durch Zuwiderhandlungen gegen das Wettbewerbsrecht der Union verursachten Schadens – insbesondere hinsichtlich der Klagebefugnis und der Definition des Schadens im Einklang mit der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union –, ohne der Weiterentwicklung dieses Besitzstands vorzugreifen. Jeder, der durch eine Zuwiderhandlung einen Schaden erlitten hat, kann Ersatz der eingetretenen Vermögenseinbuße (damnum emergens) und des entgangenen Gewinns (lucrum cessans) **zuzüglich Zinsen** verlangen. ***Dies gilt unabhängig davon, ob diese Kategorien in den einzelstaatlichen Vorschriften einzeln oder kombiniert definiert sind. Die Zahlung von Zinsen ist ein wesentlicher Bestandteil der Ersatzes für die Wiedergutmachung des erlittenen Schadens unter Berücksichtigung des Zeitablaufs; Zinsen sollten daher ab dem Zeitpunkt, zu dem der Schaden entstanden ist, bis zu dem Zeitpunkt, zu dem der Ersatz gezahlt worden ist, anfallen, und zwar unbeschadet der Frage, ob diese Zinsen gemäß dem einzelstaatlichen Recht als Ausgleichs- oder als Verzugszinsen gelten. Dies gilt auch unbeschadet der Frage, ob der Zeitablauf als gesonderte Kategorie (Zinsen) oder als Bestandteil der eingetretenen Vermögenseinbuße oder des entgangenen Gewinns berücksichtigt wird. Es ist Aufgabe der Mitgliedstaaten, entsprechende Bestimmungen zu erlassen.***

Das Recht auf Schadensersatz ist für jede natürliche oder juristische Person – Verbraucher, Unternehmen wie Behörden – anerkannt, ohne Rücksicht darauf, ob eine unmittelbare vertragliche Beziehung zu dem zuwiderhandelnden Unternehmen besteht, und unabhängig von einer vorherigen Feststellung der Zuwiderhandlung durch eine Wettbewerbsbehörde. Mit dieser Richtlinie sollten die Mitgliedstaaten nicht dazu verpflichtet werden, Verfahren des kollektiven Rechtsschutzes für die Durchsetzung der Artikel 101 und 102 AEUV einzuführen. ***Unbeschadet des Ersatzes für entgangene Geschäftsmöglichkeiten sollte der vollständige Ersatz im Rahmen dieser Richtlinie nicht zu Überkompensation führen, unabhängig davon, ob es sich dabei um Strafschadensersatz, Mehrfachentschädigungen oder andere Arten von Schadensersatz handelt.***

- (13) Schadensersatzklagen wegen Zuwiderhandlungen gegen einzelstaatliches Wettbewerbsrecht oder das Wettbewerbsrecht der Union erfordern in der Regel eine komplexe Analyse der zugrunde liegenden Tatsachen und wirtschaftlichen Zusammenhänge. Die für die Begründung eines Schadensersatzanspruchs erforderlichen Beweismittel befinden sich häufig ausschließlich im Besitz der gegnerischen Partei oder Dritter und sind dem Kläger nicht hinreichend bekannt und zugänglich. Das strenge rechtliche Erfordernis, dass der Kläger zu Beginn des Verfahrens ausführlich alle für seinen Fall relevanten Tatsachen darlegen und dafür genau bezeichnete Beweisstücke anbieten muss, kann daher die wirksame Geltendmachung des durch den AEUV garantierten Schadensersatzanspruchs übermäßig erschweren.

(14) Den Beweismitteln kommt bei der Erhebung von Schadensersatzklagen wegen einer Zuwiderhandlung gegen einzelstaatliches Wettbewerbsrecht oder das Wettbewerbsrecht der Union große Bedeutung zu. Da jedoch Kartellrechtsstreitigkeiten durch eine Informationsasymmetrie gekennzeichnet sind, ist es angebracht zu gewährleisten, dass die **Kläger** das Recht erhalten, die Offenlegung der für ihren Anspruch relevanten Beweismittel zu erwirken, ohne einzelne Beweisstücke angeben zu müssen. Um den Grundsatz der Waffengleichheit zu wahren, sollten diese Mittel auch dem Beklagten in einem Schadensersatzklageverfahren zur Verfügung stehen, damit dieser die Offenlegung von Beweismitteln durch die **Kläger** beantragen kann. Die einzelstaatlichen Gerichte können auch die Offenlegung von Beweismitteln durch Dritte, **einschließlich Behörden**, anordnen. Wenn das einzelstaatliche Gericht die Offenlegung von Beweismitteln durch die Kommission anordnen will, finden der Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten (Artikel 4 Absatz 3 EUV) und – hinsichtlich Auskunftersuchen – Artikel 15 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 Anwendung. ***Wenn einzelstaatliche Gerichte die Offenlegung von Beweismitteln durch eine Behörde anordnen, finden die Grundsätze der Rechts- und Amtshilfe gemäß einzelstaatlichem Recht oder Unionsrecht Anwendung.***

Diese Richtlinie berührt nicht die Möglichkeit oder die Bedingungen gemäß einzelstaatlichem Recht, wonach Rechtsmittel gegen die Anordnung der Offenlegung eingelegt werden können.

- (15) *Das Gericht sollte die Möglichkeit haben, unter seiner strengen Kontrolle – insbesondere hinsichtlich der Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit der Maßnahme – die Offenlegung von bestimmten Beweisstücken oder Kategorien von Beweismitteln auf Antrag einer Partei anzuordnen.* Aus dem Erfordernis der Verhältnismäßigkeit ergibt sich, dass *die Anordnung einer Offenlegung erst ergehen kann*, wenn der *Kläger* auf der Grundlage von Tatsachen, von denen er mit zumutbarem Aufwand Kenntnis erlangen kann, plausibel gemacht hat, dass er einen vom Beklagten verursachten Schaden erlitten hat. *Wenn ein Antrag im Hinblick auf eine Kategorie von Beweismitteln gestellt wird, sollte diese durch gemeinsame Merkmale ihrer wesentlichen Elemente wie Art, Gegenstand oder Inhalt der Unterlagen, Zeitraum, in dem sie erstellt wurden, oder andere Kriterien bestimmt werden, sofern die in diese Kategorie fallenden Beweismittel im Sinne dieser Richtlinie relevant sind. Die Kategorien sollten so genau bezeichnet werden, wie es auf der Grundlage der mit zumutbarem Aufwand zugänglichen Tatsachen möglich ist.*

(16) Wenn das *einzelstaatliche* Gericht ein zuständiges Gericht eines anderen Mitgliedstaats um Beweisaufnahme ersucht oder um direkte Beweisaufnahme in einem anderen Mitgliedstaat ersucht, ist die Verordnung (EG) Nr. 1206/2001 ¹ anzuwenden.

(17) Relevante Beweismittel, die Geschäftsgeheimnisse oder sonstige vertrauliche Informationen enthalten, sollten zwar grundsätzlich für Schadensersatzklagen zur Verfügung stehen, jedoch müssen solche vertraulichen Informationen angemessen geschützt werden. Die einzelstaatlichen Gerichte sollten daher über eine Reihe von Mitteln zum Schutz vertraulicher Informationen vor Offenlegung während des Verfahrens verfügen. Hierzu zählen unter anderem die *Unkenntlichmachung sensibler Passagen von Dokumenten, die Verhandlung unter Ausschluss der Öffentlichkeit*, die Beschränkung des zur Kenntnisnahme der Beweismittel berechtigten Personenkreises und die Anweisung an Sachverständige, eine Zusammenfassung der Informationen in aggregierter oder sonstiger nichtvertraulicher Form vorzulegen. Die Maßnahmen zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen und sonstigen vertraulichen Informationen sollten die Geltendmachung des Schadensersatzanspruchs in der praktischen Anwendung *jedoch* nicht behindern.

(18) Wirksamkeit und Kohärenz der Anwendung der Artikel 101 und 102 AEUV durch die Kommission und die einzelstaatlichen Wettbewerbsbehörden setzen ein in der ganzen Union einheitliches Konzept ¹ für die Offenlegung von Beweismitteln, *die in den Akten einer Wettbewerbsbehörde enthalten sind*, voraus. Die Offenlegung von Beweismitteln sollte die Wirksamkeit der Durchsetzung des Wettbewerbsrechts durch die Wettbewerbsbehörden nicht übermäßig beeinträchtigen. *Diese Richtlinie erfasst nicht die Offenlegung interner Dokumente von Wettbewerbsbehörden und von Korrespondenz zwischen Wettbewerbsbehörden.*

¹ ABl. L 174 vom 27.6.2001, S. 1.

(19) Die Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 regelt den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission und soll der Öffentlichkeit ein größtmögliches Recht auf Zugang zu den Dokumenten der Organe gewähren. Dieses Recht unterliegt gleichwohl bestimmten Grenzen aus Gründen des öffentlichen oder privaten Interesses.

Daraus folgt, dass die in Artikel 4 der genannten Verordnung vorgesehene Ausnahmeregelung auf einer Abwägung der in einer bestimmten Situation einander widerstrebenden Interessen beruht, nämlich zum einen der Interessen, die durch die Verbreitung der betreffenden Dokumente begünstigt würden, und zum anderen derjenigen, die durch diese Verbreitung gefährdet würden. Diese Richtlinie sollte die Vorschriften und Gepflogenheiten nach der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 unberührt lassen.

(20) Um einen wirksamen Schutz des Rechts eines Klägers auf Schadensersatz zu gewährleisten, muss ihm nicht jedes zu einem Verfahren nach Artikel 101 oder 102 AEUV gehörende Schriftstück deshalb übermittelt werden, weil er eine Schadensersatzklage zu erheben gedenkt, denn es ist wenig wahrscheinlich, dass die Schadensersatzklage auf sämtliche Bestandteile der Akte dieses Verfahrens gestützt werden müsste.

(21) Das Erfordernis der Verhältnismäßigkeit sollte ebenfalls sorgfältig geprüft werden, wenn durch die Offenlegung die Untersuchungsstrategie einer Wettbewerbsbehörde dadurch durchkreuzt zu werden droht, dass aufgedeckt wird, welche Unterlagen Teil der Akten sind, oder dass die Zusammenarbeit von Unternehmen mit der Wettbewerbsbehörde negativ beeinflusst wird. Besondere Aufmerksamkeit sollte der Verhinderung von Ausforschungsaufträgen gelten, d.h. einer nicht gezielten Suche nach Informationen, die für die Verfahrensbeteiligten wahrscheinlich nicht relevant sind.

Der Offenlegungsantrag sollte daher nicht als verhältnismäßig angesehen werden, wenn er sich ganz allgemein auf die Offenlegung der Unterlagen in den Akten einer Wettbewerbsbehörde zu einem bestimmten Fall oder der von einer Partei im Zusammenhang mit einem bestimmten Fall übermittelten Unterlagen bezieht. Derart weite Offenlegungsanträge wären auch nicht mit der Pflicht der Partei, die die Offenlegung beantragt, vereinbar, einzelne Beweisstücke oder die Kategorien der Beweismittel so genau wie möglich zu bezeichnen.

(22) Diese Richtlinie lässt das Recht des Gerichts unberührt, nach einzelstaatlichem Recht oder Unionsrecht das Interesse an einer wirksamen behördlichen Durchsetzung des Wettbewerbsrechts zu berücksichtigen, wenn es die Offenlegung eines beliebigen Beweismittels mit Ausnahme von Kronzeugenerklärungen oder Vergleichsausführungen anordnet.

(23) Eine ■ Ausnahme **von der Offenlegung** sollte für den Fall gelten, dass die Offenlegung die laufende Untersuchung einer Zuwiderhandlung gegen einzelstaatliches Wettbewerbsrecht oder das Wettbewerbsrecht der Union durch eine Wettbewerbsbehörde übermäßig beeinträchtigen würde. Informationen, die von einer Wettbewerbsbehörde im Laufe ihres Verfahrens zur Durchsetzung einzelstaatlichen Wettbewerbsrechts oder des Wettbewerbsrechts der Union erstellt (zum Beispiel eine Mitteilung der Beschwerdepunkte) **und an die Parteien gesandt** oder von einer Partei dieses Verfahrens ausgearbeitet wurden (zum Beispiel Antworten auf Auskunftsverlangen der Wettbewerbsbehörde, **Zeugenaussagen**), sollten daher in Schadensersatzklageverfahren erst offengelegt werden können, nachdem die Wettbewerbsbehörde ■ ihr Verfahren ■ beendet hat, *beispielsweise durch die Annahme eines Beschlusses gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 oder gemäß Kapitel III der genannten Verordnung, mit Ausnahme von Beschlüssen über einstweilige Maßnahmen.*

(24) Kronzeugenprogramme und Vergleichsverfahren sind wichtige Instrumente für die behördliche Durchsetzung des Wettbewerbsrechts der Union, da sie zur Aufdeckung, effizienten Verfolgung und Sanktionierung der schwersten Zuwiderhandlungen gegen das Wettbewerbsrecht beitragen. Ferner sind Kronzeugenprogramme gleichermaßen wichtig für wirksame Schadensersatzklagen in Kartellsachen, da zahlreiche Beschlüsse der Wettbewerbsbehörden in Kartellsachen auf Anträgen auf Anwendung der Kronzeugenregelung gründen und Schadensersatzklagen in Kartellsachen in der Regel Folgeklagen sind. Unternehmen könnten davon abgeschreckt werden, in diesem Zusammenhang mitzuwirken, wenn Erklärungen, mit denen sie sich selbst belasten, wie Kronzeugenerklärungen und Vergleichsausführungen, die ausschließlich zum Zwecke dieser Mitwirkung erstellt werden, offengelegt würden. Eine solche Offenlegung birgt die Gefahr, dass mitwirkende Unternehmen oder ihre Führungskräfte einer zivil- oder strafrechtlichen Haftung unter schlechteren Bedingungen ausgesetzt würden als die anderen Rechtsverletzer, die nicht mit den Wettbewerbsbehörden zusammenarbeiten. Um zu gewährleisten, dass Unternehmen dauerhaft bereit sind, freiwillig Kronzeugenerklärungen oder Vergleichsausführungen bei Wettbewerbsbehörden vorzulegen, sollten diese Unterlagen von der Offenlegung ausgenommen werden. Die Ausnahme von der Offenlegung sollte auch für wörtliche Zitate aus einer Kronzeugenerklärung oder einer Vergleichsausführung in anderen Unterlagen gelten. Die Beschränkungen für die Offenlegung von Beweismitteln sollten die Wettbewerbsbehörden nicht daran hindern, ihre Entscheidungen im Einklang mit den geltenden Vorschriften des Unionsrechts oder des einzelstaatlichen Rechts zu veröffentlichen. Um zu gewährleisten, dass diese vollständige Ausnahme von der Offenlegung das Recht der Geschädigten auf Schadensersatz nicht übermäßig beeinträchtigt, sollte sie auf diese freiwilligen und selbstbelastenden Kronzeugenerklärungen und Vergleichsausführungen beschränkt sein.

Mit den Vorschriften über den Zugang zu anderen Unterlagen gemäß dieser Richtlinie wird dafür gesorgt, dass Opfer nach wie vor ausreichend andere Möglichkeiten haben, um Zugang zu den relevanten Beweismitteln zu erhalten, die für die Erstellung ihrer Schadensersatzklagen erforderlich sind. Die einzelstaatlichen Gerichte sollten auf Antrag eines Klägers Zugang zu Unterlagen, für die die Ausnahme geltend gemacht wird, erhalten können, um in Bezug auf die jeweiligen anderen Unterlagen festzustellen, ob deren Inhalt nicht über die in dieser Richtlinie festgelegten Definitionen für Kronzeugenunternehmenserklärungen und Vergleichsausführungen hinausgeht. Nicht definitionskonformer Inhalt sollte unter den einschlägigen Bedingungen offengelegt werden können.

(25) Die einzelstaatlichen Gerichte sollten im Zusammenhang mit Schadensersatzklagen *jederzeit* die Offenlegung von Beweismitteln anordnen können, die unabhängig von einem wettbewerbsbehördlichen Verfahren vorliegen ("bereits vorhandene Informationen").

(26) *Die Offenlegung von Beweismitteln sollte von einer Wettbewerbsbehörde nur dann angeordnet werden, wenn sie nicht mit zumutbarem Aufwand von einer anderen Partei oder Dritten erlangt werden können.*

(27) *Nach Artikel 15 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 können die Wettbewerbsbehörden von sich aus den nationalen Gerichten schriftliche Stellungnahmen zur Anwendung der Artikel 101 oder 102 des Vertrags übermitteln. Damit die behördliche Durchsetzung weiterhin zur Anwendung der Artikel 101 und 102 des Vertrags beiträgt, sollten die Wettbewerbsbehörden ebenfalls die Möglichkeit haben, von sich aus Stellungnahmen an ein einzelstaatliches Gericht zu übermitteln, damit die Verhältnismäßigkeit einer Offenlegung von Beweismitteln, die in ihren Akten enthalten sind, im Hinblick darauf geprüft wird, welche Auswirkungen diese Offenlegung auf die Wirksamkeit der behördlichen Durchsetzung des Wettbewerbsrechts hätte. Die Mitgliedstaaten sollten die Möglichkeit erhalten, eine Regelung zu schaffen, wonach eine Wettbewerbsbehörde über Anträge auf Offenlegung von Informationen unterrichtet wird, wenn die Person, die die Offenlegung beantragt, oder die Person, von der die Offenlegung verlangt wird, an der Untersuchung der mutmaßlichen Zuwiderhandlung durch diese Wettbewerbsbehörde beteiligt ist, ohne dass die einzelstaatlichen Rechtsvorschriften über Ex-parte-Verfahren davon berührt werden.*

(28) Eine natürliche oder juristische Person, die durch Einsicht in die Akten einer Wettbewerbsbehörde Beweismittel **■** erlangt, kann diese für die Zwecke einer Schadensersatzklage verwenden, an der sie als Partei beteiligt ist. Eine solche Verwendung sollte auch der natürlichen oder juristischen Person gestattet werden, die in ihre Rechte und Pflichten eintritt, einschließlich durch Erwerb ihres Anspruchs. Falls die Beweismittel von einer juristischen Person erlangt wurden, die einer Unternehmensgruppe angehört, die für die Anwendung der Artikel 101 und 102 AEUV ein Unternehmen darstellt, ist die Verwendung dieser Beweismittel auch anderen juristischen Personen gestattet, die demselben Unternehmen angehören.

(29) Die im vorstehenden Erwägungsgrund genannte Verwendung darf jedoch die wirksame Durchsetzung des Wettbewerbsrechts durch die Wettbewerbsbehörden nicht übermäßig beeinträchtigen. Die in den Erwägungsgründen 23 und 24 genannten Beschränkungen für die Offenlegung **■** von Beweismitteln, die allein durch Einsicht in die Akten einer Wettbewerbsbehörde erlangt wurden, ***sollten in Verfahren auf Schadensersatz als unzulässig betrachtet oder auf andere Weise nach dem anzuwendenden einzelstaatlichen Recht geschützt werden, damit sichergestellt ist, dass die Beschränkungen für die Verwendung von Beweismitteln nach der genannten Bestimmung ihre volle Wirkung entfalten.*** Zudem sollten Beweismittel, die bei einer Wettbewerbsbehörde **■** erlangt wurden, kein Gegenstand des Handels werden. Die Möglichkeit, Beweismittel zu verwenden, die allein durch Einsicht in die Akten einer Wettbewerbsbehörde erlangt wurden, sollte daher auf die natürliche oder juristische Person, ***der Zugang gewährt wurde,*** und ihre im vorstehenden Erwägungsgrund genannten Rechtsnachfolger beschränkt werden. Diese Beschränkung hindert ein einzelstaatliches Gericht jedoch nicht daran, unter den in dieser Richtlinie vorgesehenen Voraussetzungen die Offenlegung dieser Beweismittel anzuordnen.

(30) Wenn ein Schadensersatzanspruch geltend gemacht wird oder eine Wettbewerbsbehörde eine Untersuchung einleitet, besteht die Gefahr, dass die betroffenen Unternehmen Beweismittel vernichten oder verbergen, die für die Substantiierung des Schadensersatzanspruchs eines Geschädigten nützlich wären. Um die Vernichtung relevanter Beweismittel zu verhindern und um zu gewährleisten, dass gerichtliche Offenlegungsanordnungen befolgt werden, sollten die *einzelstaatlichen* Gerichte hinreichend abschreckende Sanktionen verhängen können. Bei Prozessparteien kann das Risiko, dass im Schadensersatzklageverfahren für sie nachteilige Schlussfolgerungen gezogen werden, eine besonders wirksame Sanktion sein und Verzögerungen verhindern. Für die Verletzung der Pflichten zum Schutz vertraulicher Informationen und für die missbräuchliche Verwendung der durch die Offenlegung erlangten Informationen sollten ebenfalls Sanktionen vorgesehen werden.

Sanktionen sollten auch verhängt werden können, wenn Informationen, die durch Einsicht in die Akten einer Wettbewerbsbehörde ■ erlangt wurden, in Schadensersatzklagen missbräuchlich verwendet werden.

(31) Wirksamkeit und Kohärenz der Anwendung der Artikel 101 und 102 AEUV durch die Kommission und die einzelstaatlichen Wettbewerbsbehörden erfordern ein in der ganzen Union einheitliches Konzept hinsichtlich der Wirkung bestandskräftiger Feststellungsentscheidungen auf anschließende Schadensersatzklagen. *Diese Entscheidungen werden erst dann getroffen, wenn die Kommission zuvor über die in Aussicht genommene Entscheidung oder anderenfalls über jede sonstige Unterlage, der die geplante Vorgehensweise zu entnehmen ist, gemäß Artikel 11 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 unterrichtet wurde und wenn die Kommission die einzelstaatliche Wettbewerbsbehörde nicht durch die Einleitung eines Verfahrens nach Artikel 11 Absatz 6 der genannten Verordnung von ihrer Zuständigkeit entbunden hat. Hierzu sollte die Kommission für eine konsequente Anwendung des Wettbewerbsrechts der Union sorgen, indem sie den einzelstaatlichen Wettbewerbsbehörden im Rahmen des Europäischen Wettbewerbsnetzes Orientierungshilfen bereitstellt.* Im Interesse der Rechtssicherheit, zur Vermeidung von Widersprüchen bei der Anwendung dieser Vertragsbestimmungen, zur Erhöhung der Wirksamkeit und verfahrensrechtlichen Effizienz von Schadensersatzklagen und zur Förderung des Funktionierens des Binnenmarkts für Unternehmen und Verbraucher sollte *die Feststellung einer Zuwiderhandlung gegen Artikel 101 oder 102 AEUV in* einer bestandskräftigen Entscheidung einer einzelstaatlichen Wettbewerbsbehörde oder eines Rechtsbehelfsgerichts *in späteren Schadensersatzklageverfahren nicht erneut geprüft werden. Daher sollte eine solche Feststellung einer Zuwiderhandlung in einem Schadensersatzklageverfahren als unwiderlegbar nachgewiesen gelten, das* im Mitgliedstaat der *nationalen Wettbewerbsbehörde* oder des Rechtsbehelfsgerichts *im Zusammenhang mit dieser Zuwiderhandlung angestrengt wurde. Die Wirkung der Feststellung sollte jedoch nur die Art der Zuwiderhandlung sowie ihre materielle, persönliche, zeitliche und räumliche Dimension erfassen, so wie sie von der Wettbewerbsbehörde oder dem Rechtsbehelfsgericht in Ausübung ihrer bzw. seiner Zuständigkeit festgestellt wurde.* In Fällen, in denen das einzelstaatliche Wettbewerbsrecht und das Wettbewerbsrecht der Union auf denselben Fall und parallel angewandt werden, sollte dies auch für eine Entscheidung gelten, in der der Schluss gezogen wird, dass gegen Bestimmungen des einzelstaatlichen Wettbewerbsrechts verstoßen wurde. Diese Wirkung von Entscheidungen einzelstaatlicher Wettbewerbsbehörden und Rechtsbehelfsgerichte, in denen eine Zuwiderhandlung gegen die Wettbewerbsvorschriften festgestellt wird, ■ gilt unbeschadet der Rechte und Pflichten einzelstaatlicher Gerichte nach Artikel 267 AEUV.

Wird eine Schadensersatzklage in einem anderen Mitgliedstaat als dem Mitgliedstaat erhoben, dessen Wettbewerbsbehörde bzw. Rechtsbehelfsgericht die Zuwiderhandlung gegen Artikel 101 oder 102 AEUV, die Gegenstand der Klage ist, festgestellt hat, so sollte es möglich sein, diese Feststellung in einer bestandskräftigen Entscheidung der einzelstaatlichen Wettbewerbsbehörde oder des Rechtsbehelfsgerichts vor einem einzelstaatlichen Gericht zumindest als Prima-facie-Beweis dafür vorzulegen, dass eine Zuwiderhandlung gegen das Wettbewerbsrecht begangen wurde, und gegebenenfalls zusammen mit allen anderen von den Parteien vorgelegten Unterlagen zu prüfen.

(32) Die einzelstaatlichen Vorschriften über Beginn, Länge, Hemmung und Unterbrechung von Verjährungsfristen sollten die Erhebung von Schadensersatzklagen nicht übermäßig behindern. Dies ist besonders wichtig bei Klagen, die sich auf eine von einer Wettbewerbsbehörde oder einem Rechtsbehelfsgericht getroffene Feststellung einer Zuwiderhandlung stützen. Eine Schadensersatzklage *sollte daher* auch noch nach einem wettbewerbsbehördlichen Verfahren zur Durchsetzung des einzelstaatlichen Wettbewerbsrechts und des Wettbewerbsrechts der Union *erhoben werden* können. *Die Verjährungsfrist sollte nicht beginnen, bevor die Zuwiderhandlung eingestellt wurde bzw. bevor ein Kläger Kenntnis von dem Verhalten, das die Zuwiderhandlung darstellt, von der Tatsache, dass er durch die Zuwiderhandlung einen Schaden erlitten hat und von der Identität des Rechtsverletzers, der diesen Schaden verursacht hat, erlangt hat oder diese Kenntnis vernünftigerweise erwartet werden kann. Die Mitgliedstaaten sollten die Möglichkeit haben, allgemein anwendbare absolute Verjährungsfristen beizubehalten bzw. einzuführen, sofern die Dauer dieser Verjährungsfristen die Ausübung des Rechts auf Schadensersatz in voller Höhe nicht praktisch unmöglich machen oder übermäßig erschweren.*

(33) Wenn mehrere Unternehmen gemeinsam gegen die Wettbewerbsvorschriften verstoßen (wie im Falle eines Kartells), ist es angebracht vorzusehen, dass diese gemeinsam handelnden Rechtsverletzer gesamtschuldnerisch für den gesamten durch diese Zuwiderhandlung verursachten Schaden haftbar gemacht werden. Untereinander sollten die gemeinsam handelnden Rechtsverletzer das Recht auf einen Ausgleichsbetrag haben, wenn *einer der Rechtsverletzer* mehr gezahlt hat, als seinem Anteil entspricht. Die Bestimmung dieses Anteils anhand der relativen Verantwortung des betreffenden Rechtsverletzers und die einschlägigen Kriterien, wie Umsatz, Marktanteil oder Rolle in dem Kartell, ist Sache des geltenden einzelstaatlichen Rechts, wobei der Effektivitäts- und der Äquivalenzgrundsatz zu beachten sind.

(34) Unternehmen, die im Rahmen eines Kronzeugenprogramms mit den Wettbewerbsbehörden zusammenarbeiten, spielen eine Schlüsselrolle bei der Aufdeckung von Zuwiderhandlungen in Form von geheimen Kartellen und bei der Abstellung dieser Zuwiderhandlungen, wodurch häufig der Schaden gemindert wird, der möglicherweise im Falle einer Fortsetzung der Zuwiderhandlung entstanden wäre. Es ist daher angebracht vorzusehen, dass Unternehmen, denen von einer Wettbewerbsbehörde im Rahmen eines Kronzeugenprogramms der Erlass der Geldbuße zuerkannt wurde, vor übermäßigen Schadensersatzansprüchen geschützt werden; dabei ist zu berücksichtigen, dass die Entscheidung der Wettbewerbsbehörde, in der die Zuwiderhandlung festgestellt wird, für das Unternehmen, dem der Erlass der Geldbuße zuerkannt wurde, bestandskräftig werden kann, bevor sie für die anderen Unternehmen, denen kein Erlass zuerkannt wurde, bestandskräftig wird, *wodurch das erstgenannte Unternehmen zum bevorzugten Ziel von Rechtsstreitigkeiten wird*. Es ist daher angebracht, dass das Unternehmen, dem der Erlass der Geldbuße zuerkannt wurde, vom Grundsatz der gesamtschuldnerischen Haftung für den gesamten Schaden ausgenommen wird und dass sein Ausgleichsbetrag nicht höher sein darf als der Schaden, den es seinen eigenen unmittelbaren oder mittelbaren Abnehmern oder, im Falle eines Einkaufskartells, seinen unmittelbaren oder mittelbaren Lieferanten verursacht hat. Soweit ein Kartell anderen als den Kunden beziehungsweise Lieferanten *des Rechtsverletzers* Schaden verursacht hat, sollte der Ausgleichsbetrag des Unternehmens, dem der Erlass der Geldbuße zuerkannt wurde, nicht höher sein dürfen als seine relative Verantwortung für den durch das Kartell verursachten Schaden. Für die Bestimmung dieses Anteils sollten dieselben Vorschriften gelten wie für die Festlegung der Ausgleichsbeträge *unter den Rechtsverletzern*. Das Unternehmen, dem der Erlass der Geldbuße zuerkannt wurde, sollte anderen Geschädigten als seinen unmittelbaren oder mittelbaren Abnehmern oder Lieferanten nur dann weiter in vollem Umfang haften, wenn sie von den anderen *Rechtsverletzern* keinen vollständigen Schadensersatz erlangen können.

(29) *Ein Schaden in Form einer tatsächlichen* Vermögenseinbuße kann sich aus der Differenz zwischen dem tatsächlich gezahlten Preis und dem Preis ergeben, der ohne die Zuwiderhandlung gezahlt worden wäre. Hat ein Geschädigter die Vermögenseinbuße dadurch verringert, dass er sie ganz oder teilweise auf seine Abnehmer abgewälzt hat, so stellt diese Vermögenseinbuße keinen Schaden mehr dar, für den die Partei, die ihn abgewälzt hat, Ersatz erhalten muss. Es ist daher grundsätzlich angebracht, dem **Rechtsverletzer** zu gestatten, die Abwälzung der Vermögenseinbuße als Einwand gegen den Schadensersatzanspruch geltend zu machen. Es ist angebracht vorzusehen, dass **der Rechtsverletzer**, soweit er den Einwand der Schadensabwälzung geltend macht, das Vorliegen und den Umfang der Schadensabwälzung beweisen muss. **Diese Beweislast sollte nicht die Möglichkeit berühren, dass der Rechtsverletzer andere als die in seinem Besitz befindlichen Beweismittel verwendet, wie z.B. bereits im Zuge des Verfahrens erworbene Beweismittel oder Beweismittel, die von anderen Parteien oder Dritten gehalten werden.**

(35) *In Fällen, in denen die Schadensabwälzung zu einem verringerten Absatz und somit einem Schaden in Form eines entgangenen Gewinns geführt hat, sollte das Recht, Schadensersatz für diesen entgangenen Gewinn zu fordern, unberührt bleiben.*

■

(36) Je nach den Bedingungen, unter denen die Unternehmen tätig sind, kann es gängige Geschäftspraxis sein, Preissteigerungen auf nachgelagerte Vertriebsstufen abzuwälzen.

Verbraucher oder Unternehmen, auf die die Vermögenseinbuße *dementsprechend* abgewälzt wurde, erleiden einen durch eine Zuwiderhandlung gegen einzelstaatliches Wettbewerbsrecht oder das Wettbewerbsrecht der Union verursachten Schaden. Dieser Schaden sollte von dem **Rechtsverletzer** ersetzt werden, wobei es sich allerdings für Verbraucher oder Unternehmen, die selbst nicht von dem **Rechtsverletzer** erworben haben, als besonders schwierig erweisen kann, die Höhe des Schadens zu belegen. Es ist daher angebracht vorzusehen, dass, wenn das Bestehen eines Schadensersatzanspruchs oder die Höhe des zuzuerkennenden Schadensersatzes davon abhängt, ob oder inwieweit ein Preisaufschlag vom unmittelbaren Abnehmer des **Rechtsverletzers** an den mittelbaren Abnehmer weitergegeben wurde, davon ausgegangen wird, dass der mittelbare Abnehmer den Beweis dafür, dass der Preisaufschlag von dem unmittelbaren Abnehmer an seine Ebene weitergegeben wurde, erbracht hat, wenn er glaubhaft machen kann, dass eine solche Schadensabwälzung stattgefunden hat, *es sei denn, der Rechtsverletzer kann dem Gericht glaubhaft nachweisen, dass die Vermögenseinbuße nicht oder nicht vollständig an den mittelbaren Abnehmer weitergegeben wurde*. Ferner ist es angebracht festzulegen, unter welchen Voraussetzungen davon ausgegangen wird, dass der mittelbare Abnehmer dies glaubhaft gemacht hat. Was die Ermittlung des Umfangs der Schadensabwälzung angeht, so sollte das einzelstaatliche Gericht befugt sein zu schätzen, welcher Teil des Preisaufschlags in dem bei ihm anhängigen Rechtsstreit an die Ebene des mittelbaren Abnehmers weitergegeben wurde.

(37) Die Kommission sollte für die einzelstaatlichen Gerichte klare, einfache und umfassende Leitlinien dazu herausgeben, wie der Teil des auf die mittelbaren Abnehmer abgewälzten Preisaufschlags zu schätzen ist.

(38) Zuwiderhandlungen gegen das Wettbewerbsrecht betreffen häufig die Bedingungen und den Preis, zu denen Waren oder Dienstleistungen verkauft werden, und führen zu Preisaufschlägen und sonstigem Schaden für die Kunden der **Rechtsverletzer**. Die Zuwiderhandlung kann aber auch die Belieferung des **Rechtsverletzers** betreffen (zum Beispiel im Falle eines Einkaufskartells). **In diesen Fällen könnte die tatsächliche Vermögenseinbuße dadurch verursacht werden, dass die Rechtsverletzer ihren Lieferanten einen niedrigeren Preis zahlen.** Diese Richtlinie und insbesondere die Vorschriften über die Schadensabwälzung sollten hier entsprechend gelten.

(39) Schadensersatzklagen können sowohl von **denjenigen**, die Waren oder Dienstleistungen von dem **Rechtsverletzer** erworben haben, als auch von Abnehmern auf einer nachgelagerten Vertriebsstufe erhoben werden. Im Interesse der Kohärenz der Urteile in solchen im Zusammenhang stehenden Verfahren und um zu verhindern, dass der durch die Zuwiderhandlung gegen einzelstaatliches Wettbewerbsrecht oder das Wettbewerbsrecht der Union verursachte Schaden nicht vollständig ersetzt wird oder dass **der Rechtsverletzer** Ersatz für einen nicht erlittenen Schaden leisten muss, **sollte das einzelstaatliche Gericht befugt sein zu schätzen, welcher Teil des Preisaufschlags in dem bei ihm anhängigen Rechtsstreit auf die unmittelbaren oder mittelbaren Abnehmer abgewälzt wurde.** In diesem Zusammenhang sollten die einzelstaatlichen Gerichte **in der Lage sein**, Klagen, die im Zusammenhang stehen, und die Urteile, mit denen über diese Klagen entschieden wird, **mit den** nach Unions- und einzelstaatlichem Recht **verfügbaren verfahrens- und materiellrechtlichen Mitteln** gebührend zu berücksichtigen, insbesondere wenn darin die Schadensabwälzung als erwiesen angesehen wird. **Den einzelstaatlichen Gerichten sollten geeignete Verfahrensmittel, wie die Verbindung von Ansprüchen, zur Verfügung stehen, damit gewährleistet ist, dass der Ersatz der eingetretenen Vermögenseinbuße auf keiner Vertriebsstufe den dort erlittenen Schaden in Form des Preisaufschlags übersteigt. Solche Mittel sollten auch bei grenzüberschreitenden Rechtssachen zur Verfügung stehen.**

Dies sollte die Grundrechte derjenigen, die nicht Partei dieser Gerichtsverfahren waren, auf Verteidigung, einen wirksamen Rechtsbehelf und ein faires Verfahren *sowie die Vorschriften über die Beweiskraft von in diesem Zusammenhang ergangenen Entscheidungen* unberührt lassen. Klagen, die bei Gerichten verschiedener Mitgliedstaaten anhängig sind, können im Sinne des Artikels 30 der Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 *des Europäischen Parlaments und des Rates*¹ als im Zusammenhang stehend angesehen werden. Nach dieser Bestimmung können später angerufene einzelstaatliche Gerichte das Verfahren aussetzen oder sich für unzuständig erklären. *Diese Richtlinie sollte die Rechte und Pflichten der einzelstaatlichen Gerichte gemäß dieser Bestimmung unberührt lassen.*

(40) Ein Geschädigter, der nachgewiesen hat, dass er infolge einer Zuwiderhandlung gegen das Wettbewerbsrecht einen Schaden erlitten hat, muss noch den Umfang dieses Schadens nachweisen, um Schadensersatz erhalten zu können. Die Quantifizierung eines kartellrechtlichen Schadens ist in Bezug auf die Sachverhaltsfeststellung und -bewertung sehr aufwändig und erfordert unter Umständen die Anwendung komplexer ökonomischer Modelle. Dies ist häufig sehr kostspielig und bringt für die *Kläger* Schwierigkeiten mit sich, an die für die Substantiierung ihrer Ansprüche erforderlichen Daten zu gelangen. Die Quantifizierung des kartellrechtlichen Schadens als solche kann eine erhebliche Hürde darstellen, die *wirksame Schadensersatzansprüche* verhindert.

¹ *Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (ABl. L 351 vom 20.12.2012, S. 78).*

(41) Da keine unionsrechtlichen Vorschriften über die Quantifizierung eines durch eine Zuwiderhandlung gegen das Wettbewerbsrecht verursachten Schadens bestehen, ist es Sache der innerstaatlichen Rechtsordnung jedes Mitgliedstaats, **die eigenen Vorschriften über die Schadensquantifizierung festzulegen, und Sache der Mitgliedstaaten** und der einzelstaatlichen Gerichte festzulegen, welche Anforderungen der **Kläger** beim Nachweis des Umfangs des erlittenen Schadens erfüllen muss, wie er den entsprechenden Betrag genau nachweisen muss, welche Methoden er für die Ermittlung dieses Betrags verwenden kann und welche Folgen es hat, wenn er die festgelegten Anforderungen nicht erfüllen kann. Diese innerstaatlichen Anforderungen sollten jedoch weder weniger günstig sein als die Anforderungen an ähnliche innerstaatliches Recht betreffende Klagen (Äquivalenzgrundsatz), noch sollten sie die Ausübung des Unionsrechts auf Schadensersatz praktisch unmöglich machen oder übermäßig erschweren (Effektivitätsgrundsatz). In diesem Zusammenhang sollten Informationsasymmetrien zwischen den Parteien und die Tatsache berücksichtigt werden, dass Ermittlung des Schadensumfangs bedeutet, dass geprüft wird, wie sich der Markt entwickelt hätte, wenn die Zuwiderhandlung nicht begangen worden wäre. Diese Prüfung beinhaltet einen Vergleich mit einer per definitionem hypothetischen Situation und kann daher niemals mit letzter Genauigkeit vorgenommen werden. Es ist daher angebracht, den einzelstaatlichen Gerichten die Befugnis zu erteilen, die Höhe des durch die Zuwiderhandlung gegen das Wettbewerbsrecht verursachten Schadens zu schätzen. **Die Mitgliedstaaten sollten dafür sorgen, dass die einzelstaatlichen Wettbewerbsbehörden, sofern sie darum ersucht werden, Orientierungshilfen bezüglich der Ermittlung des Schadensumfangs bereitstellen. Um Kohärenz und Berechenbarkeit zu gewährleisten, sollte die Kommission allgemeine Orientierungshilfen auf Unionsebene bereitstellen.**

(42) Um die Informationsasymmetrie und einige der mit der Quantifizierung des kartellrechtlichen Schadens verbundenen Schwierigkeiten zu beheben und um die wirksame Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen zu gewährleisten, ist es angebracht, bei Zuwiderhandlungen in Form von Kartellen zu vermuten, dass diese Zuwiderhandlung einen Schaden verursacht hat, insbesondere durch die Auswirkungen auf die Preise. Je nach Sachverhalt bedeutet dies, dass das Kartell eine Preiserhöhung verursacht oder eine Preissenkung, die ohne die Zuwiderhandlung eingetreten wäre, verhindert hat. **Diese Vermutung sollte nicht die konkrete Höhe des Schadens erfassen.** Dem **Rechtsverletzer** sollte es **erlaubt sein**, diese Vermutung zu widerlegen. Es ist angebracht, diese widerlegbare Vermutung auf Kartelle zu beschränken, da diese durch ihren geheimen Charakter die genannte Informationsasymmetrie verstärken und es dem Kläger erschweren, die für den Nachweis des Schadens erforderlichen Beweise zu beschaffen.

(43) **Zur Verringerung der Unsicherheit für Rechtsverletzer und Geschädigte ist eine endgültige Regelung für Beklagte wünschenswert.** **Rechtsverletzer und Geschädigte** sollten **deshalb** ermutigt werden, sich in einvernehmlichen Streitbeilegungsverfahren, zum Beispiel außergerichtlichen Vergleichen (**einschließlich solcher, in denen ein Richter einen Vergleich als rechtsverbindlich erklären kann**), Schiedsverfahren **■**, Mediationsverfahren **oder Schlichtungsverfahren** auf einen Ersatz des durch eine Zuwiderhandlung gegen das Wettbewerbsrecht verursachten Schadens zu einigen. Nach Möglichkeit sollten sich an dieser einvernehmlichen Streitbeilegung so viele Geschädigte und **Rechtsverletzer** wie möglich beteiligen. Die Bestimmungen dieser Richtlinie über die einvernehmliche Streitbeilegung sollen daher die Nutzung dieser Verfahren erleichtern und ihre Wirksamkeit erhöhen.

(44) Die Verjährungsfrist für die Erhebung einer Schadensersatzklage kann unter Umständen so beschaffen sein, dass die Geschädigten und die **Rechtsverletzer** nicht über genügend Zeit verfügen, um eine Einigung über den zu zahlenden Schadensersatz zu erzielen. Damit beide Seiten wirklich die Gelegenheit zu einer einvernehmlichen Streitbeilegung haben, bevor ein Verfahren vor dem einzelstaatlichen Gericht eingeleitet wird, muss die Verjährungsfrist daher für die Dauer des Verfahrens der einvernehmlichen Streitbeilegung gehemmt sein.

(45) Wenn die Parteien **vereinbaren**, eine einvernehmliche Streitbeilegung einzuleiten, nachdem eine Schadensersatzklage bei dem einzelstaatlichen Gericht wegen desselben Anspruchs erhoben wurde, **sollte** das Gericht auch das bei ihm anhängige Verfahren für die Dauer des Verfahrens der einvernehmlichen Streitbeilegung aussetzen **können**. Wenn das einzelstaatliche Gericht prüft, ob das Verfahren ausgesetzt werden soll, sollte es das Interesse an einem zügigen Verfahren berücksichtigen.

(46) Zur Förderung einvernehmlicher Regelungen sollte ein **Rechtsverletzer**, der aufgrund einer einvernehmlichen Streitbeilegung Schadensersatz leistet, gegenüber den anderen Rechtsverletzern nicht schlechter gestellt werden als ohne die einvernehmliche Streitbeilegung. Dies könnte der Fall sein, wenn ein an der Regelung beteiligter Rechtsverletzer auch nach einer einvernehmlichen Streitbeilegung noch in vollem Umfang gesamtschuldnerisch für den durch die Zuwiderhandlung verursachten Schaden haften würde. Ein an der Regelung beteiligter Rechtsverletzer sollte daher grundsätzlich keinen Ausgleichsbetrag an die anderen, nicht an der Regelung beteiligten Rechtsverletzer zahlen müssen, wenn diese dem Geschädigten, mit dem der erste Rechtsverletzer eine Regelung getroffen hat, Schadensersatz geleistet haben. Dementsprechend muss sich der Anspruch des Geschädigten um den Anteil des an der Regelung beteiligten Rechtsverletzers an dem ihm entstandenen Schaden verringern, **ungeachtet dessen, ob die Höhe der Regelung mit dem relativen Anteil an dem Schaden, den der an der Regelung beteiligte Rechtsverletzer dem an der Regelung beteiligten Geschädigten zugefügt hat, identisch ist oder davon abweicht**. Für die Bestimmung dieses Anteils sollten dieselben Vorschriften gelten wie für die Festlegung der Ausgleichsbeträge **unter den Rechtsverletzern**. Ohne eine solche Verringerung wären die nicht an der Regelung beteiligten Rechtsverletzer übermäßig von einer Regelung betroffen, an der sie nicht als Partei beteiligt waren. **Zur Gewährleistung des Rechts auf vollständigen Schadensersatz ist in Ausnahmefällen** der an der Regelung beteiligte Rechtsverletzer allerdings weiter verpflichtet, Schadensersatz zu leisten, wenn dies für den **an der Regelung beteiligten** Geschädigten die einzige Möglichkeit ist, ■ Schadensersatz **für den verbleibenden Anspruch** zu erhalten, **d.h. den Anspruch des an der Regelung beteiligten Geschädigten abzüglich des Anteils des an der Regelung beteiligten Rechtsverletzers an dem Schaden, der dem an der Regelung beteiligten Geschädigten durch die Zuwiderhandlung entstanden ist, es sei denn, dies ist nach der einvernehmlichen Regelung ausdrücklich ausgeschlossen**.

(47) *Es sollte vermieden werden, dass die Gesamthöhe des von den an der Regelung beteiligten Rechtsverletzern geleisteten Schadensersatzes ihre relative Verantwortung für den Schaden, der durch die Zuwiderhandlung entstanden ist, dadurch übersteigt, dass Ausgleichsbeträge an nicht an der Regelung beteiligte Rechtsverletzer für Entschädigungen gezahlt werden, die diese an nicht an der Regelung beteiligte Geschädigte gezahlt haben.* Wenn von an der Regelung beteiligten Rechtsverletzern Ausgleichsbeträge für Schadensersatz verlangt werden, den nicht an der Regelung beteiligte Rechtsverletzer *an nicht an der Regelung beteiligte Geschädigte* geleistet haben, sollte **deshalb** das einzelstaatliche Gericht den bereits aufgrund der einvernehmlichen Regelung geleisteten Schadensersatz sowie die Tatsache berücksichtigen, dass nicht zwangsläufig alle Rechtsverletzer in materieller, zeitlicher und räumlicher Hinsicht gleichermaßen an der Zuwiderhandlung beteiligt sind.

(48) Diese Richtlinie steht im Einklang mit den Grundrechten und Grundsätzen, die mit der Charta anerkannt wurden.

(49) *Da die Ziele dieser Richtlinie, nämlich Vorschriften für Schadensersatzklagen wegen Verletzung des Wettbewerbsrechts der Union festzulegen, um die volle Wirkung der Artikel 101 und 102 AEUV und das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts für Unternehmen und Verbraucher zu gewährleisten, auf Ebene der Mitgliedstaaten nicht ausreichend verwirklicht werden können, sondern wegen der erforderlichen Wirksamkeit und Kohärenz der Anwendung der Artikel 101 und 102 AEUV besser auf Unionsebene zu verwirklichen sind, kann die Union im Einklang mit dem in Artikel 5 EUV niedergelegten Subsidiaritätsprinzip tätig werden.* Entsprechend dem in demselben Artikel genannten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geht diese Richtlinie nicht über das zur Erreichung dieser Ziele erforderliche Maß hinaus.

(50) In der Gemeinsamen Politischen Erklärung der Mitgliedstaaten und der Kommission zu erläuternden Dokumenten vom 28. September 2011¹ haben sich die Mitgliedstaaten verpflichtet, in begründeten Fällen zusätzlich zur Notifizierung ihrer Umsetzungsmaßnahmen in einem Dokument oder mehreren Dokumenten das Verhältnis zwischen den Bestandteilen einer Richtlinie und den entsprechenden Teilen innerstaatlicher Umsetzungsinstrumente zu erläutern. In Bezug auf diese Richtlinie hält der Gesetzgeber die Übermittlung derartiger Dokumente für gerechtfertigt.

(51) *Es ist angebracht, Bestimmungen für die zeitliche Geltung dieser Richtlinie vorzusehen –*

HABEN FOLGENDE RICHTLINIE ERLASSEN:

KAPITEL I

GELTUNGSBEREICH UND BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

Artikel 1

Geltungsbereich der Richtlinie

1. In dieser Richtlinie sind bestimmte Vorschriften festgelegt, die erforderlich sind, um zu gewährleisten, dass jeder, der einen durch eine Zuwiderhandlung **eines Unternehmens oder einer Unternehmensvereinigung** gegen das Wettbewerbsrecht verursachten Schaden erlitten hat, das Recht, **den** vollständigen Ersatz dieses Schadens **von diesem Unternehmen oder dieser Unternehmensvereinigung zu verlangen**, wirksam geltend machen kann. Darüber hinaus sind darin Vorschriften festgelegt, mit denen der unverfälschte Wettbewerb im Binnenmarkt gefördert und Hindernisse für sein reibungsloses Funktionieren beseitigt werden, indem in der ganzen Union ein gleichwertiger Schutz für jeden gewährleistet wird, der einen solchen Schaden erlitten hat.
2. In dieser Richtlinie sind ferner Vorschriften für die Koordinierung zwischen der Durchsetzung der Wettbewerbsvorschriften durch die Wettbewerbsbehörden und der Durchsetzung dieser Vorschriften im Wege von Schadensersatzklagen vor einzelstaatlichen Gerichten festgelegt.

Artikel 2

Recht auf vollständigen Schadensersatz

1. *Die Mitgliedstaaten gewährleisten, dass jede natürliche oder juristische Person, die einen durch eine Zuwiderhandlung gegen das Wettbewerbsrecht ■ verursachten Schaden erlitten hat, den vollständigen Ersatz dieses Schadens verlangen **und erwirken** kann.*
2. Der vollständige Ersatz versetzt *eine Person, die* einen Schaden erlitten hat, in die Lage, in der *sie* sich befunden hätte, wenn die Zuwiderhandlung nicht begangen worden wäre. Er *erfasst* daher *das Recht auf* Ersatz der eingetretenen Vermögenseinbuße und des entgangenen Gewinns, *zuzüglich der Zahlung von Zinsen.*
3. *Der vollständige Ersatz im Rahmen dieser Richtlinie darf nicht zu Überkompensation führen, unabhängig davon, ob es sich dabei um Strafschadensersatz, Mehrfachentschädigungen oder andere Arten von Schadensersatz handelt.*

■

Artikel 3
Effektivitäts- und Äquivalenzgrundsatz

Die Mitgliedstaaten gewährleisten, dass alle einzelstaatlichen Vorschriften und Verfahren für **die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen** so gestaltet sind und so angewandt werden, dass **sie die Ausübung** des Unionsrechts auf vollständigen Ersatz des durch eine Zuwiderhandlung gegen das Wettbewerbsrecht verursachten Schadens **nicht praktisch unmöglich machen oder übermäßig erschweren (Effektivitätsgrundsatz)**. Die einzelstaatlichen Vorschriften und Verfahren für Klagen auf Ersatz des Schadens, der aus Zuwiderhandlungen gegen Artikel 101 oder 102 AEUV entsteht, dürfen für die **mutmaßlich** Geschädigten nicht weniger günstig sein als die Vorschriften und Verfahren für ähnliche ■ **Klagen auf Ersatz des Schadens, der aus Zuwiderhandlungen gegen einzelstaatliches Recht entsteht (Äquivalenzgrundsatz)**.

Artikel 4
Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieser Richtlinie bezeichnet der Ausdruck

1. "Zuwiderhandlung gegen das Wettbewerbsrecht" eine Zuwiderhandlung gegen Artikel 101 oder 102 AEUV oder gegen einzelstaatliches Wettbewerbsrecht ■ ;
2. "einzelstaatliches Wettbewerbsrecht" Bestimmungen des einzelstaatlichen Rechts, mit denen überwiegend das gleiche Ziel verfolgt wird wie mit den Artikeln 101 und 102 AEUV und die nach Artikel 3 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 auf denselben Fall und parallel zum Wettbewerbsrecht der Union angewandt werden **und keine innerstaatlichen Rechtsvorschriften umfassen, mit denen natürlichen Personen strafrechtliche Sanktionen auferlegt werden, sofern solche Sanktionen nicht als Mittel dienen, um die für Unternehmen geltenden Wettbewerbsregeln durchzusetzen**;

3. *"Rechtsverletzer" das Unternehmen oder die Unternehmensvereinigung, das bzw. die die Zuwiderhandlung gegen das Wettbewerbsrecht begangen hat;*
4. "Schadensersatzklage" eine Klage nach einzelstaatlichem Recht, mit der ein
■ Schadensersatzanspruch vor einem einzelstaatlichen Gericht *von einem mutmaßlich Geschädigten, von* jemandem im Namen eines *mutmaßlich* Geschädigten oder mehrerer *mutmaßlich* Geschädigter – sofern diese Möglichkeit im *Unionsrecht oder im* einzelstaatlichen Recht vorgesehen ist – *oder von der natürlichen oder juristischen Person, die in die Rechte und Pflichten des mutmaßlich Geschädigten eintritt, einschließlich der Person, die seinen Anspruch erworben hat, geltend gemacht wird;*
5. "Schadensersatzanspruch" einen Anspruch auf Ersatz des durch eine Zuwiderhandlung gegen das Wettbewerbsrecht verursachten Schadens;
6. "Geschädigter" jeden, der einen *durch eine Zuwiderhandlung gegen das Wettbewerbsrecht verursachten Schaden erlitten hat;*
7. "einzelstaatliche Wettbewerbsbehörde" eine Behörde, die von einem Mitgliedstaat nach Artikel 35 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 als für die Anwendung der Artikel 101 und 102 AEUV zuständige Behörde benannt worden ist;

8. "Wettbewerbsbehörde" die Kommission oder eine einzelstaatliche Wettbewerbsbehörde;
9. "einzelstaatliches Gericht" ■ ein Gericht eines Mitgliedstaats im Sinne des Artikels 267 AEUV;
10. "Rechtsbehelfsgericht" ein einzelstaatliches Gericht, das *aufgrund ordentlicher Rechtsbehelfe* befugt ist, Entscheidungen einer einzelstaatlichen Wettbewerbsbehörde *oder darüber ergehende gerichtliche Entscheidungen* zu überprüfen, *unabhängig davon, ob dieses Gericht* die Befugnis *hat*, eine Zuwiderhandlung gegen *das Wettbewerbsrecht* festzustellen;
11. "Feststellungsentscheidung" eine Entscheidung einer Wettbewerbsbehörde oder eines Rechtsbehelfsgerichts, mit der eine Zuwiderhandlung gegen das Wettbewerbsrecht festgestellt wird;
12. "bestandskräftige" Feststellungsentscheidung eine Feststellungsentscheidung ■, gegen die ■ *ein ordentlicher* Rechtsbehelf *nicht oder nicht* mehr eingelegt werden kann;
13. "*Beweismittel*" *alle vor dem befassen einzelstaatlichen Gericht zulässigen Arten von Beweismitteln, insbesondere Urkunden und alle sonstigen Gegenstände, die Informationen enthalten, unabhängig von dem Medium, auf dem die Informationen gespeichert sind;*

14. "Kartell" eine Absprache ■ oder eine abgestimmte Verhaltensweise zwischen zwei oder mehr Wettbewerbern zwecks Abstimmung ihres Wettbewerbsverhaltens auf dem Markt ■ oder Beeinflussung der relevanten Wettbewerbsparameter durch Verhaltensweisen wie *unter anderem* die Festsetzung oder Koordinierung der An- oder Verkaufspreise oder sonstiger Geschäftsbedingungen, *auch im Zusammenhang mit den Rechten des geistigen Eigentums*, die Aufteilung von Produktions- oder Absatzquoten, die Aufteilung von Märkten und Kunden einschließlich Angebotsabsprachen, Ein- und Ausfuhrbeschränkungen ■ oder gegen andere Wettbewerber gerichtete wettbewerbschädigende Maßnahmen;

15. "Kronzeugenprogramm" ein Programm *für die Anwendung des Artikels 101 AEUV oder einer entsprechenden Bestimmung des einzelstaatlichen Rechts*, in dessen Rahmen ein an einem *geheimen* Kartell Beteiligter unabhängig von den übrigen Kartellbeteiligten an einer Untersuchung der Wettbewerbsbehörde mitwirkt, indem das Unternehmen freiwillig seine Kenntnis von dem Kartell und seine Beteiligung daran darlegt und ihm dafür im Gegenzug *durch Beschluss oder Einstellung des Verfahrens* der Erlass oder eine Ermäßigung der wegen des Kartells zu verhängenden Geldbuße zuerkannt wird;

16. " **■ Kronzeugenerklärung**" eine mündliche oder schriftliche freiwillige Darlegung seitens oder im Namen eines Unternehmens *oder einer natürlichen Person* gegenüber einer Wettbewerbsbehörde, in der das Unternehmen *oder die natürliche Person* seine bzw. ihre Kenntnis von einem **■ Kartell** und seine bzw. ihre Beteiligung daran mitteilt und die eigens zu dem Zweck formuliert wurde, im Rahmen eines Kronzeugenprogramms für die Anwendung des Artikels 101 AEUV oder der entsprechenden Bestimmung des einzelstaatlichen Rechts bei der betreffenden Behörde den Erlass oder eine Ermäßigung der Geldbuße zu erwirken, *oder eine Aufzeichnung dieser Darlegung*; dies umfasst nicht *bereits vorhandene* Informationen;

17. "*bereits vorhandene Informationen*" *Beweismittel*, die unabhängig von einem wettbewerbsbehördlichen Verfahren vorliegen **■**, *unabhängig davon, ob diese Informationen in den Akten einer Wettbewerbsbehörde enthalten sind oder nicht*;

18. "Vergleichsausführung" eine *freiwillige* Darlegung seitens oder im Namen eines Unternehmens gegenüber einer Wettbewerbsbehörde, die das Anerkenntnis *oder den Verzicht auf das Bestreiten* seiner Beteiligung an einer Zuwiderhandlung gegen *das Wettbewerbsrecht* und seiner *Verantwortung* für diese Zuwiderhandlung enthält und die eigens zu dem Zweck formuliert wurde, der betreffenden Behörde die Anwendung eines *vereinfachten oder beschleunigten Verfahrens zu ermöglichen*;

19. *"Kronzeuge" ein Unternehmen oder eine natürliche Person, dem bzw. der im Rahmen eines Kronzeugenprogramms ein Erlass der Geldbußen einer Wettbewerbsbehörde gewährt wurde;*
20. "Preisaufschlag" die ■ Differenz zwischen dem tatsächlich gezahlten Preis und dem Preis, der ohne die Zuwiderhandlung gegen das Wettbewerbsrecht üblich gewesen wäre;
21. *"einvernehmliche Streitbeilegung" ein Mechanismus, der es den Parteien ermöglicht, eine Streitigkeit über Schadensersatz außergerichtlich beizulegen;*
22. "einvernehmliche Regelung" eine durch einvernehmliche Streitbeilegung erzielte Einigung;
23. *"unmittelbarer Abnehmer" eine natürliche oder juristische Person, die Waren oder Dienstleistungen, die Gegenstand einer Zuwiderhandlung gegen das Wettbewerbsrecht waren, unmittelbar von einem Rechtsverletzer erworben hat;*
24. *"mittelbarer Abnehmer" eine natürliche oder juristische Person, die Waren oder Dienstleistungen, die Gegenstand einer Zuwiderhandlung gegen das Wettbewerbsrecht waren, oder aus diesen Waren oder Dienstleistungen hervorgegangene oder sie enthaltende Waren oder Dienstleistungen nicht unmittelbar von einem Rechtsverletzer, aber von einem unmittelbaren Abnehmer oder einem nachfolgendem Abnehmer erworben hat.*

KAPITEL II

OFFENLEGUNG VON BEWEISMITTELN

Artikel 5

Offenlegung von Beweismitteln

1. Die Mitgliedstaaten gewährleisten, dass *in Schadensersatzklageverfahren in der Union auf Antrag* eines Klägers, *der eine fundierte Begründung vorgelegt* hat, die mit zumutbarem Aufwand zugängliche Tatsachen und Beweismittel *enthält, die die Plausibilität seines Schadensersatzanspruchs ausreichend stützen, die einzelstaatlichen Gerichte* unter den Voraussetzungen dieses Kapitels die Offenlegung von *relevanten* Beweismitteln durch den Beklagten oder einen Dritten, *die sich deren Verfügungsgewalt befinden*, anordnen können. Die Mitgliedstaaten gewährleisten, dass die Gerichte auf Antrag des Beklagten auch die Offenlegung von Beweismitteln durch den Kläger oder einen Dritten anordnen können.

Dieser Absatz lässt die Rechte und Pflichten der einzelstaatlichen Gerichte nach der Verordnung (EG) Nr. 1206/2001 des Rates unberührt.

2. Die Mitgliedstaaten gewährleisten, dass die einzelstaatlichen Gerichte die **■** Offenlegung von bestimmten Beweisstücken *oder* einschlägigen Arten von Beweismitteln anordnen *können*, **■** die so genau *abgegrenzt* sind, wie dies auf der Grundlage der mit zumutbarem Aufwand zugänglichen Tatsachen *in der fundierten Begründung* möglich ist.

3. Die Mitgliedstaaten gewährleisten, dass die von den einzelstaatlichen Gerichten angeordnete Offenlegung von Beweismitteln verhältnismäßig ist. Bei der Prüfung, ob die von einer Partei beantragte Offenlegung verhältnismäßig ist, berücksichtigen die einzelstaatlichen Gerichte die berechtigten Interessen aller Parteien und betroffenen Dritten. Insbesondere berücksichtigen sie

a) *inwieweit der Anspruch oder der Einwand durch zugängliche Tatsachen und Beweismittel gestützt wird, die den Antrag auf Offenlegung von Beweismitteln rechtfertigen;*

b) den Umfang und die Kosten der Offenlegung, insbesondere für betroffene Dritte, *auch zur Verhinderung einer nicht gezielten Suche nach Informationen, die für die Verfahrensbeteiligten wahrscheinlich nicht relevant sind;*

c) ob die offenzulegenden Beweismittel vertrauliche Informationen – insbesondere Dritte betreffende Informationen – enthalten und wie der Schutz dieser vertraulichen Informationen geregelt ist **■**.

4. *Das Interesse von Unternehmen, Schadensersatzklagen aufgrund von Zuwiderhandlungen gegen das Wettbewerbsrecht zu vermeiden, stellt kein Interesse dar, dessen Schutz gerechtfertigt ist.*

5. Die Mitgliedstaaten gewährleisten, dass die einzelstaatlichen Gerichte *befugt sind, die Offenlegung von Beweismitteln, die* vertrauliche Informationen *enthalten, zu veranlassen, wenn sie dies* bei Schadensersatzklagen *als sachdienlich erachten. Die Mitgliedstaaten gewährleisten, dass die einzelstaatlichen Gerichte bei der Veranlassung der Offenlegung solcher Informationen über wirksame Maßnahmen für deren Schutz verfügen.*
6. Die Mitgliedstaaten *gewährleisten, dass die einzelstaatlichen Gerichte den geltenden Privilegien der Angehörigen von Rechtsberufen nach Unionsrecht oder einzelstaatlichem Recht uneingeschränkt Wirkung verleihen, wenn sie die Offenlegung von Beweismitteln anordnen.*
7. Die Mitgliedstaaten gewährleisten, dass *diejenigen*, von *denen* die Offenlegung verlangt wird, **■** *Gelegenheit zur Anhörung erhalten, bevor ein einzelstaatliches Gericht die Offenlegung aufgrund dieses Artikels anordnet.*
8. Unbeschadet *der Absätze 4 und 5a sowie des* Artikels 6 hindert dieser Artikel die Mitgliedstaaten nicht daran, Vorschriften beizubehalten oder einzuführen, die zu einer umfassenderen Offenlegung von Beweismitteln führen würden.

■ Offenlegung von Beweismitteln, *die in* den Akten einer Wettbewerbsbehörde *enthalten sind*

1. *Die Mitgliedstaaten gewährleisten, dass bei einer von den einzelstaatlichen Gerichten für die Zwecke von Schadenersatzklagen angeordneten Offenlegung von Beweismitteln, die in den Akten einer Wettbewerbsbehörde enthalten sind, außer Artikel 5 die folgenden Bestimmungen gelten.*
2. *Dieses Kapitel berührt nicht die Vorschriften und Gepflogenheiten bezüglich des Zugangs der Öffentlichkeit zu Dokumenten nach der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001.*
3. *Dieses Kapitel berührt nicht die nach Unionsrecht oder einzelstaatlichem Recht geltenden Vorschriften und Gepflogenheiten im Bereich des Schutzes der internen Unterlagen von Wettbewerbsbehörden und des Schriftverkehrs zwischen Wettbewerbsbehörden.*
4. *Bei der Beurteilung der Verhältnismäßigkeit einer Anordnung zur Offenlegung von Informationen berücksichtigen die einzelstaatlichen Gerichte gemäß den Kriterien des Artikels 5 Absatz 3,*
 - a) *ob der Antrag eigens hinsichtlich Art, Gegenstand oder Inhalt der der Wettbewerbsbehörde übermittelten oder in deren Akten enthaltenen Unterlagen formuliert wurde und nicht unspezifisch in Bezug auf die der Wettbewerbsbehörde übermittelten Unterlagen,*

- b) ob die Partei, die die Offenlegung beantragt, diesen Antrag im Rahmen einer Schadensersatzklage vor einem einzelstaatlichen Gericht stellt, und*
- c) ob – im Zusammenhang mit den Absätzen 5 und 10 oder auf Antrag einer Wettbewerbsbehörde nach Absatz 11 – die Notwendigkeit besteht, die Wirksamkeit der behördlichen Durchsetzung des Wettbewerbsrechts zu wahren.*

5. Die einzelstaatlichen Gerichte dürfen die Offenlegung der folgenden Arten von Beweismitteln erst dann anordnen, wenn eine Wettbewerbsbehörde ihr Verfahren durch Erlass eines Beschlusses oder in anderer Weise eingestellt hat:

- a) Informationen, die von einer natürlichen oder juristischen Person eigens für das wettbewerbsbehördliche Verfahren erstellt wurden,*
- b) Informationen, die die Wettbewerbsbehörden im Laufe ihrer Verfahrens erstellt und den Parteien übermittelt haben,*
- c) Vergleichsausführungen, die zurückgezogen wurden.*

I

6. Die Mitgliedstaaten gewährleisten, dass die einzelstaatlichen Gerichte für die Zwecke von Schadenersatzklagen zu keinem Zeitpunkt die Offenlegung der folgenden Beweismittelarten durch eine Partei oder einen Dritten anordnen können:

- a) Kronzeugenunternehmenserklärungen und*
- b) Vergleichsausführungen.*

7. Ein Kläger kann einen begründeten Antrag stellen, wonach ein einzelstaatliches Gericht die in Absatz 6 genannten Unterlagen nur einsehen darf, damit gewährleistet ist, dass der Inhalt der Unterlagen den in Artikel 4 Nummern 16 und 18 enthaltenen Begriffsbestimmungen entspricht. Bei dieser Beurteilung können die einzelstaatlichen Gerichte nur die zuständige Wettbewerbsbehörde um Unterstützung bitten. Die Verfasser der betreffenden Unterlagen können auch Gelegenheit zur Anhörung erhalten. Das Gericht darf auf keinen Fall den anderen Parteien oder Dritten Zugang zu diesen Unterlagen gewähren.

8. Wenn nur Teile der angeforderten Unterlage unter Absatz 6 fallen, werden die übrigen Teile der Unterlage je nach Kategorie gemäß den einschlägigen Offenlegungsbestimmungen dieses Artikels freigegeben.

9. Die Offenlegung von Beweismitteln in den Akten einer Wettbewerbsbehörde, die nicht unter eine der in ■ diesem Artikel aufgeführten Kategorien fallen, kann in Schadenersatzklageverfahren jederzeit *unbeschadet dieses Artikels* angeordnet werden.

10. Die Mitgliedstaaten gewährleisten, dass die einzelstaatlichen Gerichte die Offenlegung von Beweismitteln bei der Wettbewerbsbehörde beantragen können, wenn eine Partei oder ein Dritter die angeforderten Beweismittel nicht bzw. nicht mit zumutbarem Aufwand zur Verfügung stellen kann.

11. Möchte eine Wettbewerbsbehörde vor Gericht ihre Ansichten über die Verhältnismäßigkeit des Offenlegungsantrags darlegen, so kann eine Wettbewerbsbehörde von sich aus dem einzelstaatlichen Gericht, bei dem um Offenlegung nachgesucht wird, Bemerkungen vorlegen.

Artikel 7

Beschränkungen für die Verwendung von allein durch Einsicht in die Akten einer Wettbewerbsbehörde erlangten Beweismitteln

1. Die Mitgliedstaaten gewährleisten, dass Beweismittel, die unter eine der in Artikel 6 Absatz 6 aufgeführten Kategorien fallen und von einer natürlichen oder juristischen Person allein durch Einsicht in die Akten einer Wettbewerbsbehörde erlangt wurden, in Verfahren auf Schadensersatz **unzulässig oder auf andere Weise nach dem anzuwendenden einzelstaatlichen Recht geschützt sind, damit sichergestellt ist, dass die Beschränkungen für die Verwendung von Beweismitteln nach der genannten Bestimmung ihre volle Wirkung entfalten.**
2. Die Mitgliedstaaten gewährleisten, dass Beweismittel, die unter eine der in Artikel 6 Absatz 5 aufgeführten Kategorien fallen und von einer natürlichen oder juristischen Person allein durch Einsicht in die Akten einer Wettbewerbsbehörde erlangt wurden, in Verfahren auf Schadensersatz **unzulässig oder auf andere Weise nach dem anzuwendenden einzelstaatlichen Recht geschützt sind, damit sichergestellt ist, dass die Beschränkungen für die Verwendung von Beweismitteln nach der genannten Bestimmung ihre volle Wirkung entfalten**, bis die Wettbewerbsbehörde ihr Verfahren **durch Erlass eines Beschlusses oder in anderer Weise** eingestellt hat.
3. Die Mitgliedstaaten gewährleisten, dass Beweismittel, die von einer natürlichen oder juristischen Person allein durch Einsicht in die Akten einer Wettbewerbsbehörde erlangt wurden und die nicht **unter** Absatz 1 oder 2 **fallen**, in einem Schadensersatzverfahren nur von dieser Person oder von der natürlichen oder juristischen Person verwendet werden können, die in ihre Rechte eintritt, einschließlich der Person, die ihren Anspruch erworben hat.

Artikel 8
Sanktionen

1. Die Mitgliedstaaten gewährleisten, dass die einzelstaatlichen Gerichte in folgenden Fällen **wirksam** Sanktionen gegen die Parteien, Dritte und ihre rechtlichen Vertreter verhängen können:

- a) Nichtbefolgung oder Verweigerung der Befolgung einer Offenlegungsanordnung eines **einzelstaatlichen** Gerichts,
- b) Vernichtung relevanter Beweismittel ■ ,
■
- c) Unterlassung oder Verweigerung der Erfüllung der mit einer Anordnung eines **einzelstaatlichen** Gerichts zum Schutz vertraulicher Informationen auferlegten Verpflichtungen oder
- d) **Verstoß gegen die** in diesem Kapitel vorgesehenen **Beschränkungen der Beweisverwertung** ■ .

2. Die Mitgliedstaaten gewährleisten, dass die Sanktionen, die von den einzelstaatlichen Gerichten verhängt werden können, wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sind. Als Sanktion für das Verhalten einer Partei in einem Schadensersatzklageverfahren können die einzelstaatlichen Gerichte unter anderem für die Partei nachteilige Schlussfolgerungen ziehen und beispielsweise den betreffenden Beweis als erbracht ansehen beziehungsweise Ansprüche und Einwände ganz oder teilweise zurückweisen oder die Partei zur Kostentragung verpflichten.

KAPITEL III
WIRKUNG EINZELSTAATLICHER ENTSCHEIDUNGEN, VERJÄHRUNG,
GESAMTSCHULDNERISCHE HAFTUNG

Artikel 9

Wirkung einzelstaatlicher Entscheidungen

- 1.** Die Mitgliedstaaten gewährleisten, dass *eine in einer bestandskräftigen Entscheidung einer nationalen Wettbewerbsbehörde oder eines Rechtsbehelfsgerichts festgestellte Zuwiderhandlung gegen das Wettbewerbsrecht für die Zwecke eines Schadensersatzklageverfahrens vor einem ihrer einzelstaatlichen Gerichte* nach Artikel 101 oder 102 AEUV oder nach einzelstaatlichem Wettbewerbsrecht *als unwiderlegbar festgestellt gilt* ■ . *Diese Bestimmung* gilt unbeschadet der Rechte und Pflichten nach Artikel 267 AEUV.
- 2.** *Die Mitgliedstaaten gewährleisten, dass eine bestandskräftige Entscheidung nach Absatz 1, die in einem anderen Mitgliedstaat ergangen ist, gemäß ihrem jeweiligen einzelstaatlichen Recht vor ihren einzelstaatlichen Gerichten zumindest als Prima-facie-Beweis dafür vorgelegt werden kann, dass eine Zuwiderhandlung gegen das Wettbewerbsrecht begangen wurde, und gegebenenfalls zusammen mit allen anderen von den Parteien vorgelegten Unterlagen geprüft werden kann.*

Artikel 10

Verjährung

1. Die Mitgliedstaaten legen die Vorschriften über die Verjährungsfristen für die Erhebung von Schadensersatzklagen im Einklang mit diesem Artikel fest. In diesen Vorschriften wird festgelegt, wann die Verjährungsfrist beginnt, wie lang die Frist ist und unter welchen Umständen eine Unterbrechung oder Hemmung der Frist **■ eintritt**.

2. Die Mitgliedstaaten gewährleisten, dass die Verjährungsfrist nicht beginnt, bevor **die Zuwiderhandlung eingestellt wurde und der Kläger** von Folgendem Kenntnis erlangt hat oder hätte erlangen müssen:

a) dem Verhalten **und der Tatsache, dass es eine Zuwiderhandlung gegen das Wettbewerbsrecht** darstellt,

b) der Tatsache, dass ihm durch die Zuwiderhandlung **gegen das Wettbewerbsrecht** ein Schaden entstanden ist, und

c) der Identität des **zuwiderhandelnden Unternehmens**.

■

3. Die Mitgliedstaaten gewährleisten, dass die Verjährungsfrist für die Erhebung einer Schadensersatzklage mindestens fünf Jahre beträgt.

4. Die Mitgliedstaaten gewährleisten, dass die Verjährungsfrist gehemmt **oder – je nach einzelstaatlichem Recht – unterbrochen** wird, wenn eine Wettbewerbsbehörde Maßnahmen im Hinblick auf eine Untersuchung oder ein Verfahren wegen einer Zuwiderhandlung **gegen das Wettbewerbsrecht** trifft, auf die sich die Schadensersatzklage bezieht. Die Hemmung endet frühestens ein Jahr, nachdem die Feststellungsentscheidung bestandskräftig geworden oder das Verfahren auf andere Weise beendet worden ist.

Artikel 11
Gesamtschuldnerische Haftung

1. Die Mitgliedstaaten gewährleisten, dass Unternehmen, die durch ein gemeinsames Verhalten gegen das Wettbewerbsrecht verstoßen haben, gesamtschuldnerisch für den durch diese Zuwiderhandlung **gegen das Wettbewerbsrecht** verursachten Schaden haften: Jedes **dieser** Unternehmen ist zum vollständigen Ersatz des Schadens verpflichtet, und der Geschädigte **hat das Recht**, von jedem von ihnen vollständigen Schadensersatz **zu** verlangen, bis der Schaden vollständig ersetzt ist.

2. *Die Mitgliedstaaten gewährleisten unbeschadet des Rechts auf vollständigen Schadensersatz nach Artikel 2, dass in den Fällen, in denen es sich bei dem Rechtsverletzer um ein kleines oder mittleres Unternehmen gemäß der Definition in der Empfehlung K(2003)1422 der Kommission handelt, der Rechtsverletzer nur gegenüber seinen unmittelbaren und mittelbaren Abnehmern haftet, wenn*

a) *sein Anteil an dem relevanten Markt in der Zeit der Zuwiderhandlung stets weniger als 5 % betrug und*

b) *die Anwendung der normalen Regeln der gesamtschuldnerischen Haftung seine wirtschaftliche Lebensfähigkeit unwiederbringlich gefährden und seine Aktiva jeglichen Werts berauben würde.*

Diese Ausnahme von der gesamtschuldnerischen Haftung für kleine oder mittlere Unternehmen gilt nicht, wenn

i) *das Unternehmen die Zuwiderhandlung organisiert oder andere Unternehmen gezwungen hat, sich an der Zuwiderhandlung zu beteiligen, oder*

ii) *in der Vergangenheit bereits festgestellt wurde, dass das Unternehmen gegen das Wettbewerbsrecht verstoßen hat.*

3. *Abweichend von Absatz 1* gewährleisten die Mitgliedstaaten, dass ein **Unternehmen, dem der Erlass der Geldbuße zuerkannt wurde, gesamtschuldnerisch haftbar ist**

a) *gegenüber* seinen unmittelbaren oder mittelbaren Abnehmern oder Lieferanten **■ und**

b) *gegenüber anderen* Geschädigten **nur dann**, wenn von den anderen Unternehmen, die an derselben Zuwiderhandlung gegen das Wettbewerbsrecht beteiligt waren, kein vollständiger Schadensersatz **erwirkt werden kann**.

Die Mitgliedstaaten gewährleisten, dass die Verjährungsfrist für Fälle im Rahmen dieses Buchstabens angemessen und ausreichend ist, damit die Geschädigten die entsprechenden Klagen erheben können.

4. Die Mitgliedstaaten gewährleisten, dass ein zuwiderhandelndes Unternehmen von anderen zuwiderhandelnden Unternehmen einen Ausgleichsbetrag verlangen kann, dessen Höhe anhand ihrer relativen Verantwortung für den durch die Zuwiderhandlung **gegen das Wettbewerbsrecht** verursachten Schaden bestimmt wird. Der Ausgleichsbetrag eines Unternehmens, dem von einer Wettbewerbsbehörde im Rahmen eines Kronzeugenprogramms der Erlass der Geldbuße zuerkannt wurde, darf nicht höher sein als der Schaden, den die Zuwiderhandlung seinen eigenen unmittelbaren oder mittelbaren Abnehmern oder Lieferanten verursacht hat.

5. Die Mitgliedstaaten gewährleisten, dass, soweit durch die Zuwiderhandlung **gegen das Wettbewerbsrecht** anderen Geschädigten als den unmittelbaren oder mittelbaren Abnehmern oder Lieferanten der zuwiderhandelnden Unternehmen ein Schaden entstanden ist, der Ausgleichsbetrag des Unternehmens, dem der Erlass der Geldbuße zuerkannt wurde, anhand seiner relativen Verantwortung für diesen Schaden bestimmt wird.

KAPITEL IV
SCHADENSABWÄLZUNG

Artikel 12

Schadensabwälzung und Recht auf vollständigen Schadensersatz

- 1. Damit das Recht auf vollständigen Schadensersatz nach Artikel 2 uneingeschränkt geltend gemacht werden kann, gewährleisten die Mitgliedstaaten, dass gemäß den Vorschriften dieses Kapitels jeder Geschädigte unabhängig davon, ob er unmittelbarer oder mittelbarer Abnehmer ist, Schadensersatz verlangen kann und dass sowohl ein Schadensersatz, der den dem Kläger durch die Zuwiderhandlung entstandenen Schaden übersteigt, als auch eine Nichthaftung des Rechtsverletzers verhindert werden.*
- 2. Zur Verhinderung von Überkompensation legen die Mitgliedstaaten geeignete Verfahrensvorschriften fest, um zu gewährleisten, dass der Ersatz der eingetretenen Vermögens- einbuße auf keiner Vertriebsstufe den dort erlittenen Schaden in Form des Preisaufschlags übersteigt.*
- 3. Die Vorschriften dieses Kapitels lassen das Recht des Geschädigten unberührt, Ersatz für den entgangenen Gewinn infolge einer vollständigen oder teilweisen Abwälzung des Preis- aufschlags zu verlangen und zu erwirken.*
- 4. Die Mitgliedstaaten gewährleisten, dass die Vorschriften dieses Kapitels entsprechend für den Fall gelten, dass die Zuwiderhandlung gegen das Wettbewerbsrecht die Belieferung des Rechtsverletzers betrifft.*
- 5. Die Mitgliedstaaten gewährleisten, dass das einzelstaatliche Gericht gemäß den einzel- staatlichen Verfahren befugt ist zu schätzen, welcher Teil des Preisaufschlags weitergegeben wurde.*

Artikel 13

Einwand der Schadensabwälzung

Die Mitgliedstaaten gewährleisten, dass der Beklagte in einem Schadensersatzklageverfahren als Einwand gegen einen Schadensersatzanspruch geltend machen kann, dass der Kläger den sich aus der Zuwiderhandlung **gegen das Wettbewerbsrecht** ergebenden Preisaufschlag ganz oder teilweise weitergegeben hat. Die Beweislast für die Weitergabe des Preisaufschlags trägt der Beklagte, **der in angemessener Weise Offenlegungen von dem Kläger und von Dritten fordern kann.**

■

Artikel 14

Mittelbare Abnehmer

1. Die Mitgliedstaaten gewährleisten, dass, wenn in einem Schadensersatzklageverfahren das Bestehen eines Schadensersatzanspruchs oder die Höhe des zuzuerkennenden Schadensersatzes davon abhängt, ob – oder inwieweit – ein Preisaufschlag an den Kläger weitergegeben wurde, **unter Berücksichtigung der gängigen Geschäftspraxis, Preissteigerungen auf nachgelagerte Vertriebsstufen abzuwälzen**, die Beweislast für das Vorliegen und den Umfang einer solchen Schadensabwälzung beim Kläger liegt, **der in angemessener Weise Offenlegungen von dem Beklagten und von Dritten fordern kann.**

2. Im Falle des Absatzes 1 wird davon ausgegangen, dass der mittelbare Abnehmer den Beweis dafür, dass eine Abwälzung auf ihn stattgefunden hat, erbracht hat, wenn er nachgewiesen hat, dass

- a) der Beklagte eine Zuwiderhandlung gegen das Wettbewerbsrecht begangen hat,
- b) die Zuwiderhandlung **gegen das Wettbewerbsrecht** einen Preisaufschlag für den unmittelbaren Abnehmer des Beklagten zur Folge hatte und
- c) er Waren oder Dienstleistungen erworben hat, die Gegenstand der Zuwiderhandlung **gegen das Wettbewerbsrecht** waren oder die aus den Waren oder Dienstleistungen, die Gegenstand der Zuwiderhandlung waren, hervorgegangen waren oder sie enthielten.

Dieser Absatz **findet keine Anwendung, wenn der Beklagte dem Gericht glaubhaft nachweisen kann**, dass der Preisaufschlag nicht oder nicht vollständig an den mittelbaren Abnehmer weitergegeben wurde.

Artikel 15

Schadensersatzklagen von Klägern verschiedener Vertriebsstufen

1. Um zu verhindern, dass Schadensersatzklagen von Klägern verschiedener Vertriebsstufen zu einer mehrfachen Haftung oder fehlenden Haftung des Rechtsverletzers führen, gewährleisten die Mitgliedstaaten **■**, dass die mit einer Schadensersatzklage befassten einzelstaatlichen Gerichte bei der Prüfung, ob die sich aus der Anwendung **der Artikel 13 und 14** ergebende Beweislast beachtet ist, **mit nach dem Unionsrecht und dem einzelstaatlichen Recht zur Verfügung stehenden Mitteln** Folgendes gebührend berücksichtigen **können**:

- a) Schadensersatzklagen, die dieselbe Zuwiderhandlung gegen das Wettbewerbsrecht betreffen, aber von Klägern auf anderen Vertriebsstufen erhoben wurden, oder
- b) Urteile, mit denen über solche Klagen entschieden wird;
- c) **relevante Informationen, die infolge behördlicher Durchsetzung öffentlich zugänglich sind.**

2. Dieser Artikel lässt die Rechte und Pflichten der einzelstaatlichen Gerichte nach Artikel 30 der Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 unberührt.

Artikel 16

Die Kommission gibt für die einzelstaatlichen Gerichte Leitlinien dazu heraus, wie der Teil des auf den mittelbaren Abnehmer abgewälzten Preisaufschlags zu schätzen ist.

KAPITEL V

ERMITTLUNG DES SCHADENSUMFANGS

Artikel 17

Ermittlung des Schadensumfangs

1. Die Mitgliedstaaten gewährleisten, dass ■ die für die Ermittlung des Schadensumfangs getroffene Regelung in Bezug auf Beweislast und ***Beweisanforderung*** ■ die Ausübung des Rechts auf Schadensersatz nicht praktisch unmöglich macht oder übermäßig erschwert. Die Mitgliedstaaten *gewährleisten, dass die einzelstaatlichen Gerichte gemäß den einzelstaatlichen Verfahren befugt sind, den Schadensumfang zu schätzen, wenn erwiesen ist, dass ein Kläger einen Schaden erlitten hat, es jedoch praktisch unmöglich oder übermäßig schwer ist, den erlittenen Schaden aufgrund der vorhandenen Beweismittel genau zu beziffern.*
2. *Die Mitgliedstaaten gewährleisten, dass vermutet wird, dass Zuwiderhandlungen in Form von Kartellen einen Schaden verursachen. Der Rechtsverletzer hat das Recht, diese Vermutung zu widerlegen.*
3. *Die Mitgliedstaaten gewährleisten bei Schadensersatzklageverfahren, dass eine einzelstaatliche Wettbewerbsbehörde auf Antrag eines einzelstaatlichen Gerichts zur Festlegung der Höhe des Schadensersatzes beitragen kann, wenn sie dies für angebracht hält.*

KAPITEL VI
EINVERNEHMLICHE STREITBEILEGUNG

Artikel 18

Aufschiebende Wirkung der einvernehmlichen Streitbeilegung

1. Die Mitgliedstaaten gewährleisten, dass die Verjährungsfrist für die Erhebung von Schadensersatzklagen für die Dauer des Verfahrens der einvernehmlichen Streitbeilegung gehemmt ist. Die Hemmung der Verjährungsfrist gilt nur für die Parteien, die an der einvernehmlichen Streitbeilegung beteiligt ***oder dabei vertreten*** sind oder waren.
2. ***Unbeschadet der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften zu Schiedsverfahren*** gewährleisten die Mitgliedstaaten, dass die mit einer Schadensersatzklage befassten einzelstaatlichen Gerichte das Verfahren aussetzen können, wenn die Verfahrensparteien an einer einvernehmlichen Streitbeilegung in Bezug auf den mit der Schadensersatzklage geltend gemachten Anspruch beteiligt sind.
3. ***Die Hemmung nach Absatz 2 darf nicht über zwei Jahre hinausgehen.***
4. ***Eine Wettbewerbsbehörde kann eine Schadensersatzzahlung, die infolge einer einvernehmlichen Regelung geleistet wird, bevor die Wettbewerbsbehörde die Verhängung einer Geldbuße beschließt, in diesem Zusammenhang als mildernden Umstand werten.***

Wirkung einvernehmlicher Regelungen auf anschließende Schadensersatzklagen

1. Die Mitgliedstaaten gewährleisten, dass sich bei einer einvernehmlichen Regelung der Anspruch des an der Regelung beteiligten Geschädigten um den Anteil des an der Regelung beteiligten Rechtsverletzers an dem Schaden, der dem Geschädigten durch die Zuwiderhandlung entstanden ist, verringert. ***Der verbleibende Anspruch des an der Regelung beteiligten Geschädigten kann nur gegenüber nicht an der Regelung beteiligten Rechtsverletzern geltend gemacht werden, und die nicht an der Regelung beteiligten Rechtsverletzer können von dem an der Regelung beteiligten Rechtsverletzer keinen Ausgleichsbetrag hierfür verlangen. Abweichend von dieser Vorschrift gewährleisten die Mitgliedstaaten für den Fall, dass, die nicht an der Regelung beteiligten Rechtsverletzer den Schadensersatz, der dem verbleibenden Anspruch des an der Regelung beteiligten Geschädigten entspricht, nicht leisten können, der an der Regelung beteiligte Geschädigte den verbleibenden Anspruch gegenüber dem an der Regelung beteiligten Rechtsverletzer geltend machen kann, es sei denn, dies ist nach der einvernehmlichen Regelung ausdrücklich ausgeschlossen.***

2. Bei der Festlegung des Ausgleichsbetrags, ***den ein Rechtsverletzer von einem anderen Rechtsverletzer entsprechend ihrer relativen Verantwortung für den durch die Zuwiderhandlung verursachten Schaden verlangen kann***, tragen die einzelstaatlichen Gerichte ***Entschädigungen*** gebührend Rechnung, ***die aufgrund*** früherer einvernehmlicher Regelungen, an denen der betreffende Rechtsverletzer beteiligt war, gezahlt wurden.

KAPITEL VII

SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 20

Überprüfung

Die Kommission überprüft diese Richtlinie **und legt** dem Europäischen Parlament und dem Rat bis zum [...] **[ABL. bitte Datum eintragen: vier Jahre nach Ablauf der Frist für die Umsetzung dieser Richtlinie] einen Bericht vor.**

Diese Überprüfung stellt unter anderem auf Folgendes ab:

- a. die möglichen Auswirkungen finanzieller Beschränkungen aufgrund der Zahlung von Geldbußen, die von einer Wettbewerbsbehörde wegen einer Zuwiderhandlung gegen das Wettbewerbsrecht verhängt wurden, auf die Möglichkeit der Geschädigten, vollständigen Ersatz für den durch diese Zuwiderhandlung verursachten Schaden zu erhalten;***
- b. die Frage, inwieweit es den Klägern, die Schadensersatz wegen einer Zuwiderhandlung gegen das Wettbewerbsrecht fordern, die Gegenstand einer durch eine Wettbewerbsbehörde eines Mitgliedstaats ergangenen Feststellungsentscheidung ist, nicht gelungen ist, vor dem einzelstaatlichen Gericht eines anderen Mitgliedstaats den Beweis dafür zu erbringen, dass diese Zuwiderhandlung erfolgt ist;***
- c. die Frage, inwieweit der Ersatz der eingetretenen Vermögenseinbuße den durch die Zuwiderhandlung verursachten Schaden in Form des Preisaufschlags oder den auf einer Vertriebsstufe erlittenen Schaden in Form des Preisaufschlags überstiegen hat.***

Gegebenenfalls wird dem Bericht ein Gesetzgebungsvorschlag beigelegt.

Artikel 21

Umsetzung

1. Die Mitgliedstaaten setzen die Rechts- und Verwaltungsvorschriften in Kraft, die erforderlich sind, um dieser Richtlinie spätestens bis zum ...*[**ABL. bitte Datum eintragen:** zwei Jahre nach **Inkrafttreten** dieser Richtlinie] nachzukommen. Sie teilen der Kommission unverzüglich den Wortlaut dieser Rechtsvorschriften mit.

Wenn die Mitgliedstaaten diese Vorschriften erlassen, nehmen sie in den Vorschriften selbst oder durch einen Hinweis bei der amtlichen Veröffentlichung auf diese Richtlinie Bezug. Die Mitgliedstaaten regeln die Einzelheiten der Bezugnahme.

2. Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission den Wortlaut der wichtigsten innerstaatlichen Rechtsvorschriften mit, die sie auf dem unter diese Richtlinie fallenden Gebiet erlassen.

Artikel 22
Zeitliche Geltung

Unbeschadet der nicht rückwirkenden Geltung wesentlicher Bestimmungen dieser Richtlinie finden die gemäß Artikel 21 erlassenen einzelstaatlichen Maßnahmen keine Anwendung auf Schadensersatzklagen, die vor Inkrafttreten dieser Richtlinie vor einem einzelstaatlichen Gericht erhoben werden.

Artikel 23
Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union in Kraft.

Artikel 24
Adressaten

Diese Richtlinie ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.
Geschehen zu am

Im Namen des Europäischen Parlaments
Der Präsident

Im Namen des Rates
Der Präsident